:antifaschistische nachrichten **Nr. 2**

g 3336 28.1.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de



Das beschlagnahmte Plakat

Hausdurchsuchungen wegen Aufruf zum Blockieren

BERLIN/DRESDEN. Staatsanwaltschaft und Polizei haben am 19. Januar die Geschäftsstelle der sächsischen LINKEN in Dresden („Wahlfabrik“) durchsucht und Mobilisierungsmaterial für die Proteste gegen die bevorstehende größte Nazidemonstration Europas am 13. Februar 2010 beschlagnahmt. Betroffen waren Plakate des Bündnisses „Dresden Nazifrei“. Der Bündnisaufruf wird bis jetzt von mehr als 300 Organisationen und Gruppen sowie über 1.100 Einzelpersonen unterstützt – u.a. von der LINKEN, den Grünen, den Jusos, den Gewerkschaften ver.di, IG Metall, NGG – und hat sich zum Ziel gesetzt, den seit Jahren größten Naziaufmarsch in Europa mit Blockaden zu verhindern. Anlass ist der 65. Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten. Als Begründung für die Durchsuchungen dient der auf dem Plakat befindliche Aufruf „Gemeinsam Blockieren“.

Der Aufruf zum friedlichen Widerstand gegen die Neofaschisten wird so von vornherein kriminalisiert, Menschen, die sich gegen die braunen Umtriebe engagieren, eingeschüchtert.

In ersten Stellungnahmen kritisierten Katja Kipping (Die Linke) und Hans-Christian Ströbele (Die Grünen) die Razzia als unverhältnismäßig und forderten ein Ende der „Kriminalisierung bürgerschaftlichen Engagements“. Von der Polizei verlangten sie die Herausgabe der beschlagnahmten Materialien und Computer. Auch die sächsischen Jusos protestierten gegen das Vorgehen der sächsischen Staatsanwaltschaft. Der AK Antifa Dresden sieht in der Aktion den Versuch, die geplanten Blockaden zu diffamieren.

Seit ihrem Wahlsieg im Herbst versuchte die schwarz/gelbe Landtagsmehrheit in Sachsen ein neues überarbeitetes Versammlungsgesetz trotz verfassungsrechtlicher Bedenken im Eiltempo noch vor dem 13. Februar zu verabschieden. Am 20. Januar wurde der Gesetzentwurf dann auch von der Mehrheit der Abgeordneten beschlossen.

weiter Seite 3

„Sternmarsch“ gegen Duisburger Moschee

DUISBURG. Eine Woche vor Ostern, vom 26. bis 28. März, will die aus der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“ hervorgegangene „Bürgerbewegung pro NRW“ in Duisburg und im Ruhrgebiet gegen Minarette und „Islamisierung“ protestieren. Am Freitag sollen zum Auftakt des „islamkritischen Wochenendes“ Kundgebungen in Oberhausen (DITIB-Moschee OB-Lierich, 10 Uhr), Herten („Zentrum für Bildung und Integration“, Paschenbergstraße, 10 Uhr), Gelsenkirchen (DITIB-Moschee in Horst, 12 Uhr) und Mülheim/Ruhr (Türkisch-Islamische Gemeinde, 12 Uhr) stattfinden. Für den frühen Nachmittag sind „Mahnwachen“ vor der Moschee in Essen-Katernberg und vor der Islamischen Gemeinde in Bochum geplant. Am Samstag, den 27. März, will „Pro NRW“ im Gelsenkirchener Schloss Horst seinen ordentlichen Parteitag durchführen. In diesem Rahmen soll dann eine „internationale Konferenz für die Einführung eines Minarettverbots“ stattfinden, an der auch Vertreter befreundeter Parteien und Verbände aus dem Ausland teilnehmen sollen. Am Sonntag, den 28. März, will „Pro NRW“ unter dem Motto „Abendland in Christenhand“ gegen eine Moschee im Duisburger Stadtteil Marxloh demonstrieren. In der Zeit von 11 bis 19 Uhr soll von „verschiedenen Ausgangspunkten“ aus ein „Sternmarsch“ nach Marxloh durchgeführt werden. Der extrem rechte „Vlaams Belang“ aus Belgien habe bereits die Unterstützung von „mehreren hundert Teilnehmern“ zugesagt, die mit Reisebussen aus Antwerpen, Gent und Brüssel nach Duisburg herangeschafft werden sollen, heißt es bei „Pro Köln“. Die „demonstrationserprobten flämischen Freunde“ sollen dabei gemeinsam mit der „Jugend pro NRW“ den „Ordnungsdienst“ übernehmen.

Die Ankündigung der extrem rechten „Pro“-Bewegung – der Landtagswahlkampf beginnt – ruft auch die Konkurrenz von der NPD auf den Plan. Die NPD NRW kündigte nun ebenfalls „zwei öffentlichkeitswirksame Aktionen“ in Duisburg an. Am Samstag, den 27. März, will die neofaschistische Partei eine Kundgebung vor der Merkez-Moschee durchführen und am Samstag, den 28. März, eine Demonstration. Diese soll unter dem Motto „Der kulturellen, ethnischen und religiösen Überfremdung unserer Heimat entgegentreten – Keine islamische Machtsymbolik in unseren Städten und Gemeinden!“ stattfinden. Vertreter verschiedener Verbände und Parteien haben bereits Widerstand gegen die Aufmärsche der extremen Rechten angekündigt. Der DGB-Vorsitzende Rainer Bischoff bezeichnete die geplante Demo als „politische Brunnenvergiftung“. „Von außen geholte Truppen“ wollten die „positive Situation“ rund um die Moschee in Marxloh zerstören. *hma* ■

Inhalt:

Aktiv werden gegen NATO-Kriegspolitik 6
Debatte um „National-identität“ in Frankreich 8

Von der DVU zu „Pro Deutschland"

BERLIN. Der in Schweden zu viel Geld gekommene Unternehmer Patrik Brinkmann will für die „Bürgerbewegung pro Deutschland" in Berlin aktiv werden. Brinkmann bietet sich als Vorsitzender der Gruppierung „Pro Berlin" an, die im März aus der Taufe gehoben werden soll. Außerdem will Brinkmann im Jahr 2011 für das Berliner Abgeordnetenhaus kandidieren. Nach einigen Gesprächen mit der NPD trat Brinkmann, Mitgründer der „Stiftung Kontinent Europa", im vergangenen Jahr der „Deutschen Volksunion" (DVU) bei. DVU-Chef Faust gab in einer ersten Stellungnahme an, von einem Austritt Brinkmanns aus der DVU nichts zu wissen und bezeichnete diesen als ein „verbindendes Doppelmitglied zwischen beiden Parteien". Die von dem Stadtrat der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln", Manfred Rouhs, geleitete Gruppierung will in Berlin mittlerweile angeblich „über 4.500 Unterstützer in mehr als 2.000 Haushalten" und nach dem Einstieg von Brinkmann über einen „siebenstelligen" Etat verfügen.

Als nächster Schritt soll ein in den nächsten Monaten produzierter Film „gegen die Islamisierung Berlins" als DVD an Schulen, in Fußgängerzonen und auf Wochenmärkten verteilt werden. Die Vorwürfe des Berliner Innenstaatssekretärs Ulrich Freise, „Pro D" sei „als rechtsextrem" zu bewerten, wies Rouhs, früher Funktionär des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten", zurück.

hma ■

Neuer Chefredakteur der „Zur Zeit"

ÖSTERREICH/WIEN. Die extrem rechte österreichische Wochenzeitung „Zur Zeit" hat einen neuen Chefredakteur. Der FPÖ-Abgeordnete im Europaparlament, Andreas Mölzer, übergab zum Jahresbeginn seinen Posten an Dr. Bernhard Tomaschitz. Der Jurist ist Mitglied einer Wiener Verbindung des „Verein Deutscher Studenten" und gehört der Redaktion schon fast ein Jahrzehnt an. Mölzer bleibt gemeinsam mit Hilmar Kabas Herausgeber des Wochenblatts „Zur Zeit".

hma ■

DVU vor dem Ende?

Wie NDR Online meldet, steht die zweitgrößte rechtsextreme Partei in Deutschland, die DVU, möglicherweise vor dem finanziellen Zusammenbruch. Nach Informationen von NDR Info werden die staatlichen Zuwendungen für die Partei bei der alljährlichen Festsetzung Mitte Februar um rund 25 Prozent zurückgehen. Außerdem wird die Partei nach Informationen des Senders wegen ihrer schlechten Wahlergebnisse des vergangenen Jahres voraussichtlich Rückzahlungen an die Staatskasse in fünfstelliger Höhe leisten müssen. Verfassungsschützer hielten deshalb ein Überleben der Partei für zweifelhaft. Auch die Mitgliederzahlen der rechtsextremen Partei seien weiter rückläufig. Nach dem dem NDR Info vorliegenden Rechenschaftsbericht der Partei für das Jahr 2008 weist die Partei formal eine Zahl von 6180 Mitgliedern aus. Verfassungsschutzbehörden beziffern dagegen die DVU- Mitgliederzahl für 2009 auf unter 5000.

Quelle: NDR Online ■

Kerstin Köditz sieht zunehmende Brutalität der Neonazi-Szene

COLDITZ. Als „zusätzlichen Schlag ins Gesicht der damaligen Opfer" betrachtet Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz (Linke) den Freispruch zweier junger Männer, die vor dem Amtsgericht Grimma angeklagt waren, im Februar 2008 bei Colditz ein Auto mit fünf Insassen bedrängt und angegriffen zu haben. „Nach Polizeiaussagen hatten die Betroffenen damals Todesangst auszustehen", so Kerstin Köditz. „Wenn es jetzt – fast zwei Jahre später – zu Freisprüchen für die Verdächtigen kommt, stärkt das nicht gerade das Vertrauen in den Rechtsstaat."

Die Grimmaer Landtagsabgeordnete der Linken sieht in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer stärkeren zivilgesellschaftlichen Vernetzung auch über Kreisgrenzen hinaus. „Die Opfer stammen aus Geringswalde, sie kamen aus Borna, die Tat fand bei Colditz statt. Die Neonazis richten ihre Aktivitäten nicht an den Kreisgrenzen aus." Seit dem damaligen Vorfall sei eine „zunehmende Brutalisierung der Szene der extremen Rechten in der Region" zu verzeichnen. Beispiele dafür seien die Überfälle auf einen alternativen Jugendlichen an zwei aufeinander folgenden Abenden in Grimma oder der „faktische Amoklauf eines stadtbekannten Neonazis" mit einer Axt in Leisnig kurz vor dem Jahreswechsel. „Wenn in Geithain mit einem Video gegen nicht rechte Jugendliche unter der Überschrift ‚Rote haben Namen und Adressen' gedroht wird, das mit der Aussage ‚Geithain bleibt braun' endet, dann sollten endlich auch bei den politisch Verantwortlichen im Landkreis und bei der Kreisverwaltung die Alarmglocken läuten", sagt Köditz. Sie bedauere es, dass die guten Möglichkeiten, die der Lokale Aktionsplan zur Zurückdrängung der extremen Rechten hätte bieten können, nur unzureichend genutzt worden seien. Und leider sei es so, dass noch mit einer weiteren Verschärfung der Lage zu rechnen sei, wenn der NPD-Landtagsabgeordnete Alexander Delle sein Büro in einem Haus in Geithain eröffnet.

„Erfahrungsgemäß bilden solche lokalen Zentren schnell Anziehungspunkte für Neonazis aus einer ganzen Region." so Köditz. Sie schlage deshalb eine Regionalkonferenz zur Thematik vor, an der die Landräte und Kommunalpolitiker aus dem Landkreis Leipzig, aus Nordsachsen und Mittelsachsen sowie Verantwortliche aus der Stadt Leipzig beteiligt sein müssten. Im speziellen Fall sei auch die Mitwirkung aus Ostthüringen anzustreben.

Quelle: LVZ LL, 15.01.10 ■

Nazis bei der Hochschulwahl in Leipzig

LEIPZIG. Der Landesvorsitzende der Republikaner in Sachsen Toralf Grau hat an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig für den Fachschaftsrat Wirtschaftswissenschaften, den Fakultätsrat Wirtschaftswissenschaften und den Senat der HTWK sowie für den erweiterten Senat kandidiert. Also für alle Gremien, die es bei dieser Wahl zu besetzen galt.

Grau, der seit 2006 Mitglied der Republikaner ist, ist dort mittlerweile neben dem Landesvorsitzenden in Sachsen auch Ansprechpartner ‚Neue Bundesländer' bei der Jugend-Mannschaft der Republikaner. Aufgefallen ist er an der HTWK, wo er seit diesem Semester Wirtschaftsingenieurwesen Bau studiert, vor allem durch seinen aktiven Wahlkampf. Wohl als einziger Student an der HTWK hat er extra für diesen Wahlkampf ein Blog eingerichtet (www.einfach-toralf.de), wo es sogar einen eigenen Newsletter gibt und hat, nach eigenen Angaben, 1250 Flyer drucken lassen. In diesem Blog ist von der Mitgliedschaft bei den Republikanern keine Rede. Grau, der als junger Politiker im Internet u.a. bei Facebook, StudiVZ, twitter und abgeordnetenwatch zu finden ist, beschränkt sich auf seinem Blog auf hochschulpolitische Themen.

Die Seite rep-sachsen.de nennt als seine politischen Schwerpunkte u.a. : Bürgergeld für Deutsche, Raus aus dieser EU – für ein Europa der Vaterländer, Sicherheit durch Recht und Ordnung, Blitzabschiebungen für kriminelle Ausländer.

Zwar konnte Toralf Grau keines der angestrebten Ämter erringen, hat z.T. aber doch erschreckend viele Stimmen erhalten. So hat Grau z.B. bei der Wahl zum Senat mit 400 Stimmen ca. 10 % erreicht. Bei der Wahl zum Fachschaftsrat konnte er knapp 4% erringen.

Auf seinem Blog hat Grau bereits eine Anfechtung der Wahl angekündigt, die Gründe, die er nennt, dürften aber keinen Grund zur Anfechtung bieten.

Quelle: indymedia ■

Dresden, wir kommen... Flashmobs in Köln

Köln, 23. Januar 2010: Anlässlich der Hausdurchsuchungen gegen antifaschistische Initiativen wegen geplanter Blockaden gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden fanden am Samstag, dem 23.1.10 zwei Flashmob-Aktionen in Köln statt. Um 15.00 Uhr wurde auf der Domtreppe der Slogan der Aktion präsentiert: Nazis blockieren - Jetzt erst recht! Um 16.00 wurde in einer symbolischen Aktion kurzweilig die Fahrbahn des Friesenplatzes blockiert. Im Verlauf der friedlichen Aktion kam es zu Personalienfeststellungen durch die Polizei.

Über 200 Menschen aus Köln und Umgebung planen, am 13. Februar nach Dresden zu kommen, um den Neonaziaufmarsch zu blockieren, Gewerkschafter, Parteijugend, Antifas, Studenten, Schüler…

Unsere Antwort auf die Kriminalisierungsversuche? Neonazis blockieren – jetzt erst recht!

Antifaschistische Koordination Köln & Umland
Weitere Informationen:
http://www.koeln.antifa.net/ ■



Öffentliche Plakatierung für Dresden

Jena/Weimar, 23.1.2010. Die Einschüchterungsversuche gegen das Dresdner Bündnis zum 13.2. bewirken das Gegenteil: In den letzten 24 Stunden hat das Bündnis über 250 neue Unterstützerinnen und Unterstützer gewonnen, Organisationen wie Einzelpersonen. In der ganzen Bundesrepublik werden die Plakate, die zum deutlichen Protest gegen den Naziaufmarsch aufrufen, neu gedruckt, verteilt und aufgehängt.



So wurden auch in Jena und Weimar von jeweils 30 Menschen am 23.1. in einer öffentlichen Aktion über 100 Plakate aufgehängt. Für kommenden Donnerstag wird dazu aufgerufen gemeinsam, massenhaft und überall öffentlich zu plakatieren. Es sind noch drei Wochen Zeit, um zehntausende Menschen für die Blockaden in Dresden zu mobilisieren. (siehe auch Beitrag von Konstantin Wecker: www.youtube.com/watch?v=X7gCnsRmKpM)

http://www.aktionsnetzwerk.de ■

Fortsetzung von Seite 1: Hausdurchsuchungen Dresden

Die Medien in Dresden reagierten wie immer zu solchen Ereignissen. In einem Kommentar in der Sächsischen Zeitung erinnerte der für solche Anlässe zuständige Lokaljournalist Alexander Schneider das Bündnis „Dresden nazifrei" an die „erheblichen Krawallen von links" im letzten Jahr. Während der genehmigten antifaschistischen Demonstration mit mehr als 3.500 TeilnehmerInnen hatten im vergangenen Jahr vermummte Polizeieinheiten immer wieder versucht, die Demonstration anzugreifen. Dabei waren mehrere DemonstrationsteilnehmerInnen zum Teil schwer verletzt worden.

Der Dresdner Staatsanwaltschaft warf Schneider vor, dass sich auf Grund der Durchsuchungen „gewaltbereite Autonome fragen" werden, ob sie nicht vielleicht doch am 13. nach Dresden reisen sollten, „um Staat und Polizei die Stirn zu bieten". Von den Nazis oder gar einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema war wie so oft nichts zu lesen gewesen. *http://www.addn.me* ■

Provider soll Seite abschalten

Wie die Presse heute, 25.1. berichtet, wurde der Provider der Webseite des Bündnisses „Dresden nazifrei" aufgefordert, die Webseite stillzulegen, da er sich sonst selbst strafbar mache. Dagegen protestiert der Grünen-Abgeordnete Christian Ströbele:

„Das gestrige Verlangen der sächsischen Polizei, die Internet-Adresse für die bundesweiten Proteste gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden am 13.2.2010 müsse sofort abgeschaltet werden, ist rechtlich nicht nachvollziehbar und politisch instinktlos.

Die sächsische Sicherheitsbehörden ignorieren dabei eine rechtliche und politische Kultur in Deutschland, die Demonstrationen gegen Naziaufmärsche auch verbunden mit friedlichen Blockaden akzeptiert und oft sogar begrüßt. So haben zu solchen Aktionen früher oft prominente Vertreter aller demokratischen Parteien aufgerufen (z. B. im Jahr 2000 gegen Nazis durch das Brandenburger Tor), völlig unbeanstandet von Polizei und Justiz.

Entscheidend muss es doch um den Schutz der Würde der Opfer gehen und nicht darum, Nazis ihre unerträglichen Parolen am 13.2. in Dresden verbreiten zu lassen." ■

Zusammen stehen gegen Rechts – keine Spaltung der Zivilgesellschaft

Das polizeiliche Vorgehen gegen das Aktionsbündnis „Dresden Nazifrei" in Dresden und Berlin ist absolut unangemessen. In den Geschäftsstellen des DGB, der SPD, der Partei die Linke und Bündnis90/Die Grünen in Thüringen liegen weiterhin die Mobilisierungsplakate, welche gestern den Anlass für Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen lieferten, zur Abholung bereit.

Wir mobilisieren gemeinsam weiter und lassen uns nicht in gute und böse Proteste spalten. Die polizeilichen Maßnahmen haben der Demokratie in Deutschland einen Bärendienst erwiesen, waren Wasser auf die Mühlen der Nazis und sind ein völlig falsches Signal.

Nicht die Kriminalisierung von Protesten gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Organisationen, sondern das gemeinsame Agieren gegen deren Strukturen und Einstellungen steht für uns alle im Vordergrund. Deshalb werben wir auch und gerade jetzt um eine rege Beteiligung an den friedlichen Protesten am 13. Februar in Dresden und zeigen selbst vor Ort Gesicht.

Renate Licht, Landesvorsitzende DGB Thüringen

Bodo Ramelow Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Thüringer Landtag

Astrid Rothe-Beinlich Vizepräsidentin des Thüringer Landtag

Streit um Neonazi-Aufmärsche zum 1. Mai in der Bayern-NPD

Die bayerische NPD hat für den 1. Mai 2010 einen zentralen NPD-Aufmarsch von Nürnberg nach Fürth angemeldet. Die geplante Anmeldung eines weiteren neonazistischen Aufmarsches in Würzburg sorgt nun innerhalb der Partei für schwere Turbulenzen.

Gerade eben hat der NPD-Landesverband Bayern eine Woche vor der Bundespartei ebenfalls ein „Strategietreffen" hinter sich gebracht. Da macht das Chaos um zwei konkurrierende Neonaziaufmärsche zum 1. Mai 2010 in Bayern einmal mehr die tiefe Spaltung der bayerischen Neonaziszene deutlich:

NPD-Landesgeschäftsführer Axel Michaelis (Wachenroth) und NPD-Landeschef Ralf Ollert (Nürnberg) haben bereits am 29.12.2009 einen 1. Mai-Aufmarsch für 400 TeilnehmerInnen unter dem Motto „Nationale Politik statt Volksbetrug! Gegen Ausbeutung und Globalisierung!" von Nürnberg-Eberhardshof zum Hauptbahnhof Fürth angemeldet. Jetzt wurden konkrete Planungen süddeutscher Neonazis öffentlich, für den 1. Mai einen mit der offiziellen NPD-Anmeldung konkurrierenden Aufmarsch in Würzburg anzumelden.

Die Initiatoren und Organisatoren des Würzburger Aufmarsches sind in den Reihen des neonazistischen „Freien Netz Süd" (FNS) zu verorten. Das FNS versucht nicht zum ersten Mal, die bayerische NPD und ihre Aktionen zu torpedieren, und dabei können die Kameradschaftsaktivisten diesmal offensichtlich auch auf Kräfte innerhalb der Partei bauen.

Bereits vor einigen Jahren „boykottierten" Aktivisten des heutigen „Freien Netz Süd" (FNS) einen NPD-Aufmarsch in Nürnberg, um stattdessen an einer Versammlung freier Kameradschaften im thüringischen Erfurt teilzunehmen. 2009 führte das FNS im oberpfälzischen Weiden bereits einen eigenen Mai-Aufmarsch mit ca. 500 Teilnehmern durch, während die offizielle Demonstration der NPD durch Ulm und Neu-Ulm zog. In diesem Jahr will man beim neonazistischen Kameradschaftsnetzwerk FNS offensichtlich nicht an einer „Fremddemonstration" teilnehmen, wofür mit Aufmarschanmeldungen zum 1. Mai in Berlin, Erfurt und eben Fürth ja genügend Auswahl zur Verfügung stehen dürfte. Stattdessen planen die bayerischen Neonazi-Rebellen zusammen mit Funktionären der extremen Rechten anderer südlicher Bundesländer einen eigenen Aufmarsch in Würzburg unter dem Motto „Freie Völker statt freie Märkte" durchzuführen.

Gerade diese über das FNS hinausreichende Zusammensetzung der Würzburger Aufmarsch-Initiatoren lässt die Wellen im bayerischen NPD-Landesvorstand hoch schlagen, da sich unter den Mitorganisatoren auch NPD-Aktivisten aus Hessen und Baden-Württemberg befinden sollen. Als potentieller Anmelder für Würzburg wird zum Beispiel der hessische NPD-Funktionär Mario Matthes benannt, mit dem baden-württembergischen JN- und NPD-Landesgeschäftsführer Alexander Neidlein (Weikersheim) befindet sich ein weiterer hochrangiger, süddeutscher NPD-ler in den Reihen der Querulanten. Der bayerische NPD-Landesgeschäftsführer Axel Michaelis ereiferte sich nun gegenüber den Beteiligten und der Bundespartei heftig über „nicht erwünschte Transparenz zu den Landesvorständen" und „fehlende Rücksprachen mit dem bayerischen Landesverband". Michaelis fordert zudem ein sofortiges Eingreifen der NPD-Bundesorganisationsleitung in dieser Sache.

Nun ist die geplante Anmeldung in Würzburg nicht der erste offene Affront des „Freien Netz Süd" gegen die bayerische NPD. Bereits die Gründung des Kameradschaftsdachverbands war das Ergebnis eines gescheiterten Putschversuches im Landesvorstand der NPD. Trotz der Abspaltung zahlreicher FNS-Aktivisten von der herzlich verfeindeten Partei wird von den neonazistischen Kadern weiterhin versucht, Einfluss auf den NPD-Landesverband Bayern zu bekommen. Erst im Dezember 2009 übernahm der überregionale Nazizusammenschluss FNS quasi die Macht im NPD-Bezirksverband Oberpfalz.

Der aktuelle Streit zeigt einmal mehr, wie es um die süddeutsche Naziszene bestellt ist: Diskussionen um einzelne Personen und Organisationsformen bestimmen das Tagesgeschehen. Verärgert resümiert denn auch NPD-Landesgeschäftsführer Axel Michaelis hinter den Kulissen: „Wir lassen uns nicht mehr vorführen oder erpressen."

Die Erstfassung dieses Artikels erschien auf der Homepage des „antifaschistischen Rechercheteams Nordbayern" (art-nb). Ergänzungen: Robert Andreasch, www.aida-archiv.de ■

Auschwitzgedenktag: Gedenken an Naziopfer

Am Mittwoch, den 27. Januar jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee, der Auschwitzgedenktag. AntifaschistInnen rufen zu einer Trauerfeier auf dem Friedhof in Großburgwedel (Region Hannover) auf. Sonja Brünzels von der Antifaschistischen Aktion Hannover: „Am Auschwitzgedenktag wollen wir denen Gedenken, die Opfer des deutschen Faschismus waren."

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen (VVN/BdA) Hannover und die Antifaschistische Aktion Hannover [AAH] rufen für Mittwoch, den 27. Januar 2010 um 17.15 Uhr zu einer Gedenkveranstaltung auf den Friedhof in Großburgwedel. Auf dem Friedhof steht das Denkmal für 28 Säuglinge, Kindern polnischer Zwangsarbeiterinnen. Diese wurden in einem „Fremdvölkischen Kinderpflegeheim" in Großburgwedel ermordet. Hier sollen Kränze niedergelegt werden.

„Wir gedenken den Opfern des deutschen Faschismus und nicht den Soldaten von Wehrmacht und SS." kommentiert Sonja Brünzels das Vorhaben.

Am sog. Volkstrauertag 2009 wurde auf dem Friedhof den getöteten Soldaten der Stadt gedacht. Als bekannt wurde, dass unter den Geehrten die Namen von SS-Angehörigen waren, wurden diese notdürftig abgeklebt. Die Gedenkveranstaltung wurde dennoch durchgeführt. „Die deutschen Opfer sind uns näher, die anderen dürfen nicht vergessen werden." hatten evangelischer Pastor und katholischer Pfarrer gemeinsam erklärt.

„Allein das Vorhaben NS-Opfer wie KZ-Häftlinge, ZwangsarbeiterInnen und politische Gefangene gemeinsam mit Wehrmachtsoldaten und SS-Leuten ehren zu wollen, ist ein Skandal." so die AAH-Sprecherin und abschließend „Unser Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ist verbunden mit dem Gedenken an diejenigen, die heute von Nazis verfolgt, angegriffen und getötet werden. Für uns heißt Gedenken auch kämpfen - kämpfen gegen den alltäglichen Rassismus, gegen einen rechten Konsens in der Gesellschaft und gegen die Aktionen und Aufmärsche von Neonazis."

Quelle: Pressemitteilung Antifaschistische Aktion Hannover [AAH] ■

9.1.2010 – Rechtsrock-Konzert in Zittau verboten

Der Nationale Jugendblock Zittau e.V. (NJB) warb für den 9.1.2010 mit einem Flyer unter dem Titel „make some noise“ für ein Rechtsrock-Konzert in Zittau (Sachsen).

Der Flyer, der keinen Verantwortlichen im Sinne des Pressegesetzes (V.i.S.d.P.) ausweist und somit gegen das Pressegesetz verstößt, wurde konspirativ im Internet verbreitet. Auf diesem wurden die Bands „Strongside“ (Sachsen-Anhalt), „Asatru“ (Sachsen), „Priorität 18“ (Sachsen) und eine Band mit dem Namen „W.U.T.“ angekündigt.

In den Liedtexten werden Rassismus, Antisemitismus und Gewalt propagiert. Die Wehrmacht, das nationalsozialistische Regime und seine führenden Vertreter werden verherrlicht und der Kampf von Rechtsextremisten gegen das ihnen verhasste demokratische System beschrieben. Weiterhin wird das alltägliche Leben der Skinheads thematisiert. Aber auch der Germanen- und Wikingerkult sowie die nordische Mythologie sind Inhalt der Texte.

Ein Beispiel für die unverhohlen ausländerfeindliche und rassistische Einstellung zeigt sich im Text des Liedes „Rettet das Blut“ der rechtsextremistischen Band ASATRU aus Bautzen:

„Einst geprägt, dass Deutsche Volk,
von der nordisch germanischen Rasse.
Doch schau ich jetzt in viele Augen,
verliert sich diese in der Masse.
Fast ausgerottet und am Boden,
seh ich diese Urgestalt.
Unterwandert von fremden Kulturen,
doch den Deutschen lässt das kalt.“
Refrain:
„Rettet das Volk.
Rettet die Nation.
Rettet unser Blut, der Sieg ist unser Lohn.“

Und bei der Band „Priorität 18“ heißt es im gleichnamigen Lied:

„Wir sind der Heilsgruß fürs Volk, der Rachedurst der Massen. Wir sind nur hier, um den Zeitgeist zu vergiften. Vernichtung, Verderben, Unruhe zu stiften.“

Und später im Text:

„Priorität 18 – Lasst Eure Fahnen wehn. Priorität 18 – Zu alten Werten stehn.“

18 steht für den ersten und achten Buchstaben im Alphabet (A und H), welches die Initialen von Adolf Hitler sind. Ein Szenecode.

Beginnen sollte das Konzert 20 Uhr im Vereinshaus des NJB in der Äußeren Oybiner Straße in Zittau. Ein bekanntes Objekt: Mit einem Großaufgebot von 136 Beamten wurden am 25. November 2008 unter anderem die Räume des „Nationalen Jugendblock Zittau e.V.“ (NJB Zittau) durchsucht. Mehreren dort angetroffenen Personen wird unter anderem Raub, gefährliche Körperverletzung und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorgeworfen. Gefunden wurden u.a. Gewehre, Munition, Hakenkreuzfahnen und ein Bild von Adolf Hitler. Auch wenn es nach außen hin so schien, dass die Aktivitäten des Zittauer NJB nachgelassen hätten, zeigte die Razzia 2008 und das nun geplante Konzert deutlich, dass der Schein getrogen hat.

Doch die Stadt handelte. Durch die Stadtverwaltung Zittau wurde eine Nutzungsuntersagungsanordnung für das Veranstaltungsobjekt erlassen. Diese wurde dem Hauseigentümer, Rene Nierling aus Görlitz, sowie dem Konzertveranstalter zugestellt. Ab 19:30 Uhr positionierten sich Beamte der Bereitschaftspolizei direkt beim Vereinshaus des NJB und führten Fahrzeug- sowie Personenkontrollen durch. Gegen 23 Uhr nahmen die Einsatzkräfte zwei Anzeigen wegen des Verstoßes gegen das Waffengesetz (Mitführen eines Schlagringes sowie eines Kampfmessers) sowie eine Anzeige wegen des Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz (Mitführen von illegal aus Polen eingeführte pyrotechnische Erzeugnisse) auf. Darüber hinaus wurde beim Fahrer des Autos mit Dresdner Nummernschild, Alkoholkonsum festgestellt und geahndet.



Festzuhalten bleibt, dass die angekündigten Bands nicht anreisten. Die Band „Fight Tonight“ teilt über „Myspace“ im Internet mit, dass sie „unterwegs Bescheid bekommen haben, dass es verboten ist und dass sie dann nur noch irgendwo Würstchen gegessen haben“.

Die NPD in Persona von Antje Hiekisch, NPD-Stadträtin von Zittau, beschwert sich im Internet, dass eine „Musikveranstaltung eines unabhängigen oppositionellen Jugendvereins“ verboten wurde. Und der NPD-Landtagsabgeordnete Andreas Storr prangert an, dass die Prioritäten angeblich falsch gesetzt wurden „Statt die Bürger vor den grenzüberschreitend Kriminellen zu schützen wurde es vom CDU-geführten Innenministerium offensichtlich vorgezogen, mit etwa 100 Polizeibeamten eine Jugendveranstaltung in Zittau zu unterbinden, bei der lediglich Musik gespielt werden sollte.“ Dabei vergessen anscheinend beide, dass es sich bei dem NJB nicht um irgendeinen Jugendverein handelt. Ein normaler Jugendverein dürfte jedenfalls keine Gewehre, Munition, Hakenkreuzfahnen und ein Bild von Adolf Hitler besitzen.

Jens Thöricht ■

Unwort des Jahres 2009: 2. Platz für FLÜCHTLINGSBEKÄMPFUNG

Frankfurt/Main. Das Unwort das Jahres 2009 heißt „betriebsratsverseucht“. Die Formulierung sei ein sprachlicher Tiefpunkt im Umgang mit lohnabhängig Beschäftigten, begründete die Jury um Professor Horst Dieter Schlosser ihre Entscheidung. Das Gremium kritisierte außerdem die Formulierung „Flüchtlingsbekämpfung“, die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf einem Bürgerforum der Bertelsmann-Stiftung benutzt hatte. Der von Merkel gebrauchte Begriff „Flüchtlingsbekämpfung“ sei sprachlich ein „dramatischer Fehlgriff“, betonte Schlosser weiter. Es sei zu hoffen, dass „damit nicht tatsächlich militärische Aktionen gemeint sind“. Schlosser bezog sich auf einen Artikel in Die Zeit, in dem es heißt: „... Neulich besuchte Angela Merkel ein Demokratie-Experiment, das, gemessen am konservativen Image der Veranstalter, der Bertelsmann-Stiftung, bemerkenswert ergebnisoffen und risikobereit war: ein „Bürgerforum“ über Europa. Nach repräsentativem Verfahren ausgewählte 361 Bürger diskutierten in Berlin zwei Tage lang über ihre Erwartungen und Forderungen an Europa. ... Nur wer genau zuhörte, merkte, wie die politische Klimaveränderung auch im Denken und Sprechen der sonst so unverdächtigen CDU-Vorsitzenden Spuren hinterlässt. Als man auf das Migrationsproblem und seine demografischen Auswirkungen in Europa kam, würdigte sie Deutschlands Beitrag zur „Flüchtlingsbekämpfung“ an Europas Grenzen, vor allem im Mittelmeer.
Flüchtlingsbekämpfung?! Hoppla! Ein verbaler Lapsus? Gleich darauf sagt Merkel, dass man auch vor Malta die „Flüchtlinge bekämpfen“ müsse, ehe sie ausführte, dass das natürlich auch mit Entwicklungshilfe geschehe, damit die Menschen in ihren Ländern bleiben könnten.(...)“ *Quelle: ddp - Nds-fluerat.org* ■

AUFRUF ZU PROTESTEN gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“ am 5. und 6. Februar 2010 in München

Aktiv werden gegen NATO-Kriegspolitik?!

Den Regierungsmitgliedern der NATO-Staaten, den Militärs, Kriegsstrategen und Rüstungslobbyisten, die sich alljährlich zur so genannten Sicherheitskonferenz in München treffen, ist eines gemeinsam: Sie sind mit verantwortlich für die völkerrechtswidrigen Kriege gegen Jugoslawien, gegen den Irak und Afghanistan mit zehntausenden von Toten, für wachsenden Terror, Folter und Flüchtlingselend.

Die NATO und mit ihr Deutschland hat die ganze Welt zu ihrem Einsatzgebiet erklärt. Gleichzeitig wird die Militarisierung der EU weiter voran getrieben. Die EU rüstet sich, um eigene Kriegseinsätze führen zu können. Im EU-Vertrag ist festgelegt:

„Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet.“

Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt

Grundgesetzwidrig und gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung beteiligt sich die Bundeswehr an dem Krieg in Afghanistan. Dort geht es um geostrategische Interessen, die mit Hilfe der NATO militärisch durchgesetzt werden sollen: Um den Zugang zu Märkten und Rohstoffen, um die Vormachtstellung der reichen und mächtigen NATO-Staaten und deren militärische Präsenz in dieser Region. Für die Bevölkerung Afghanistans bedeutet das Bombenterror, Vertreibung, Zerstörung, Folter und tausendfachen Tod.

„Sicherheitskonferenz“ 2010: Alter Wein in neuen Schläuchen!

Nachdem auch den verantwortlichen Politikern immer klarer wird, dass ihre Ziele allein mit militärischen Mitteln nicht erreichbar sind, versucht die NATO nun einen Strategiewechsel zu vollziehen, der sich auch bei der „Münchner Sicherheitskonferenz“ niederschlägt.

Mit dem Konzept der zivilmilitärischen Zusammenarbeit und der Instrumentalisierung von Nichtregierungsorganisationen sollen die alten NATO-Ziele effektiver verfolgt werden. Dazu gehören auch die Einbeziehung von Unternehmen und Energiefachleuten sowie die Aufnahme von Themen wie Abrüstung, Rohstoffsicherheit, Piraterie, Terrorismus oder „Human Security“ bei zukünftigen „Sicherheitskonferenzen“.

Zur Debatte stehe – so eine Erklärung des Chefs der „Sicherheitskonferenz“ – ob „zur Durchsetzung sicherheitspolitischer Interessen weiterhin im Kern die NATO oder aber vielmehr die EU oder beide Strukturen mit ihren jeweiligen militärischen Fähigkeiten genutzt werden sollten“. Das Ergebnis dieser „militärischen Fähigkeiten“ erleben die Menschen derzeit in Afghanistan.

Deshalb ist auch die „Sicherheitskonferenz“ 2010 eine Kriegskonferenz, der wir uns mit vielfältigem und kreativem Protest entgegenstellen.

Schluss mit dem NATO-Krieg gegen Afghanistan! Bundeswehr raus!



Nicht ein sofortiger Abzug aller fremden Truppen ließe Afghanistan im Chaos versinken, vielmehr sind der NATO-Kriegsterror und die andauernde Besatzung für das tödliche Chaos in diesem Land verantwortlich.

Mit einem sofortigen Abzug der Bundeswehr, aller fremden Truppen und Söldner, sind die Probleme Afghanistans zwar nicht gelöst, aber dieser Abzug ist wesentliche Voraussetzung für eine selbstbestimmte und friedliche Entwicklung und den Wiederaufbau des Landes.

Gegen jede deutsche Kriegsbeteiligung!

Die NATO-Kriegsallianz und die zukünftige Militärmacht EU sind eine Bedrohung für die Menschheit. Das Kriegsbündnis NATO gehört abgeschafft. – Deshalb fordern wir auch: Raus aus der NATO – Raus aus allen Militärstrukturen der EU – Bundeswehr abschaffen!

Die Milliarden für Rüstung und Krieg müssen in soziale Sektoren umgeleitet werden!

Derzeit entfallen mehr als Zweidrittel der weltweiten Militärausgaben von rund 1400 Mrd. Dollar jährlich auf die NATO-Staaten. Gleichzeitig wächst die weltweite Armut. Die Zahl der Hungernden ist im vergangenen Jahr auf über ein Milliarde Menschen angestiegen. Die Politik der reichen und mächtigen Staaten – insbesondere der USA und der EU-Länder – ist auch hauptverantwortlich für die Plünderung der Ressourcen, die zunehmende Umweltzerstörung und die Klimakatastrophe. Diese Politik dient in erster Linie den Profitinteressen der großen Banken, der Konzerne und Waffenproduzenten.

Während hierzulande Milliarden für neue Waffensysteme und die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr ausgegeben werden, zerstört die Bundesregierung die Sozialsysteme. Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche, RentnerInnen und SozialhilfeempfängerInnen werden immer stärker belastet. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.

Flüchtlinge und MigrantInnen werden als „Sündenböcke“ präsentiert – nicht nur von den Nazis

Krieg, Hunger, Folter, Umweltzerstörung und Perspektivlosigkeit sind Ursachen für millionenfaches Flüchtlingselend. Deshalb wenden wir uns gegen die Abschottung der EU-Außengrenzen, gegen Frontex-Einsätze, bei denen auch mit militärischen Mitteln gegen Flüchtlinge vorgegangen wird, gegen jede Ausgrenzung von MigrantInnen, gegen diskriminierende Ausländergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechtes, gegen Abschiebung und jede Form von Rassismus. – Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge! – Keine Lager – Kein Stacheldraht – Keine Abschiebung!

München darf keine Polizeifestung werden!

Mit unserer Demonstration gegen die so genannte Sicherheitskonferenz treten wir ein für das uneingeschränkte Recht auf Versammlungs-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit. Unter dem Vorwand wachsender Terrorgefahr werden systematisch demokratische Grundrechte abgebaut und das Grundgesetz ausgehöhlt. Die grundgesetzwidrige Vermengung der →

Große Projekte – gemeinsam mit der jungen Generation

Eine kurze Bilanz des 15. Kongresses der FIR

Am 9./10. Januar 2010 tagte der 15. Kongress der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, der Dachverband der Verbände ehemaliger Kämpfer gegen den Faschismus, Deportierter, Opfer des Faschismus und Antifaschisten heutiger Generationen aus Europa und Israel, in Berlin.

Bevor die Delegierten aus vierzehn Ländern mit der eigenen Arbeit begannen, erhielten zur Eröffnung die Gäste das Wort, unter ihnen der Präsident des Weltfrontkämpferverbandes (FMAC), Abdul Hamid Ibrahim aus Malaysia, ein Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes und des Deutschen Friedensrates sowie für die politischen Parteien eine Vertreterin der Europäischen Linken und der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Allein dies unterstreicht bereits die hohe Anerkennung, die die Organisation genießt.

Der organisationspolitische Rechenschaftsbericht konnte auf große Erfolge verweisen, wie das Internationale Jugendtreffen in Buchenwald im April 2008 oder die aktive Teilnahme an antifaschistischen Großaktionen. Auch wurden Erklärungen und Protestaktionen der FIR öffentlich wahrgenommen. So sah sich die estnische Regierung veranlasst, auf den Protest der FIR und weiterer Mitgliedsorganisationen gegen ein geplantes SS-Treffen offiziell zu reagieren.

Gleichzeitig ist aber auch erkennbar, dass zahlreiche Mitgliedsorganisationen aus Gründen der Überalterung, von finanziellen Problemen oder organisatorischer Schwäche nicht in der Lage waren, Delegierte zum Kongress zu entsenden. So ist es eine Herausforderung für die kommenden Jahren, die organisatorische Basis der FIR und die Öffnung der Mitgliedsverbände für heutige Generationen voranzubringen. Ein wichtiger Schritt dafür war sicherlich die Wahl neuer Mitglieder in das Leitungsgremium der Organisation: Mit Dr. Efim Korolev wurde ein Vertreter des russischen Verbandes der Kriegsveteranen und mit David Pereira ein Angehöriger der jungen Antifaschisten aus Portugal gewählt. Als Präsident wurde Michel Vanderborght (Belgien) einmütig bestätigt. Ebenso die Vizepräsidenten Vilmos Hanti (Ungarn) und Christos Tzintsilonis (Griechenland).

Nur mit einer starken Leitungsstruktur können die Vorschläge in die Wirklichkeit umgesetzt werden, die als Arbeitsaufgaben vom Kongress beschlossen wurden. Dazu gehört in erster Linie die Vorbereitung eines internationalen Jugendtreffens im Januar 2012 in Auschwitz, das gemeinsam mit dem belgischen „Institut des Veteranes“ und der Auschwitz-Stiftung umgesetzt werden soll. Dazu gehört auch die Herausgabe einer Landkarte von Konzentrationslagern und anderen faschistischen Haftstätten in Mitteleuropa, an deren Entwicklung die FIR aktiv mitgewirkt hat.



Teilnehmer des 15. Kongresses der FIR legten einen Kranz am sowjetischen Ehrenmal in Berlin Tiergarten nieder.

Natürlich steht in diesem Jahr das Gedenken an den 65 Jahrestag der Befreiung der Lager und der verschiedenen Länder von Faschismus und Krieg im Mittelpunkt. Schon jetzt liegen zahlreiche Einladungen für Veranstaltungen von Portugal bis Moskau vor. Und die FIR beschloss, sich an internationalen Aktionen gegen neofaschistische Aufmärsche sowie geschichtspolitische Konferenzen und Aktivitäten zu beteiligen.

Am Sonntag nahmen die meisten Delegierten und Gäste an der traditionellen Gedenkfeier für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf dem „Friedhof der Sozialisten“ teil. Die FIR legte nicht nur einen Kranz am zentralen Mahnmal nieder, sondern gedachte auch der ermordeten bzw. verstorbenen Antifaschisten, unter ihnen der langjährige Sekretär der FIR Georg Spielmann. Anschließend begab sich eine Abordnung des Kongresses zum sowjetischen Ehrenmal in Berlin Tiergarten, um auch dort einen Kranz niederzulegen. Den Abschluss der Konferenz bildete ein Empfang der Delegierten und Gäste durch den Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Walter Momper.

Dr. Ulrich Schneider
Generalsekretär FIR ■

→ Aufgaben von Polizei und Verfassungsschutz, Onlinedurchsuchun-gen, Vorratsdatenspeicherung, die biometrische Erfassung aller Bürger, der Unterbindungsgewahrsam oder die Beschneidung des Demonstrationsrechts markieren den Weg in einen autoritären Überwachungsstaat. Verfassungswidrige Bundeswehreinsätze im Innern werden bereits zur Unterstützung der Polizei praktiziert.

Rüstung und Krieg, Sozialabbau und wachsende Armut erfordern gemeinsames Handeln aller emanzipatorischen Bewegungen.

Wir widersetzen uns dem kapitalistischen System, das für Profit über Leichen geht, und setzen uns ein für Abrüstung und eine Welt ohne Ausbeutung, Krieg und Besatzung.

Zeigen wir den selbsternannten Weltherrschern und Kriegsstrategen: Ihr seid hier in München und überall unerwünscht. Eurer Politik des Neoliberalismus, der Rüstung und des Krieges setzen wir unseren Widerstand entgegen.

Wir rufen dazu auf, gemeinsam und kreativ gegen die NATO-Kriegstagung am Freitag und Samstag, 5./6. Februar 2010, in München zu demonstrieren.

Gegen Rassismus und Krieg
NATO abschaffen
Eine andere Welt ist möglich

Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz ■

2000 Euro bis Jahresende! So hieß es im Spendenauf für die Antifaschistischen Nachrichten, den wir im September dem Heft beilegten. Insgesamt sind

2008,58 Euro

gespendet worden. Damit ist das Spendenziel erreicht. Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern!

Pro Berlin: Unternehmer Brinkmann wird 2011 in Berlin antreten

BERLIN. Der in Berlin-Zehlendorf ansässige schwedische Unternehmer Patrik Brinkmann will nach Angaben der Splitterpartei Pro Berlin im Jahre 2011 bei den Berliner Abgeordnetenhaus-Wahlen antreten. Dies sei das Ergebnis eines Gesprächs, das am 17. Januar in Köln stattgefunden habe, meldete pro Berlin per Rundschreiben. Für den März kündigt der Berliner Ableger der „Bürgerbewegung pro Deutschland" zum wiederholten Male die Gründung seines Landesverbandes an, Brinkmann selber stehe als Vorsitzender zur Verfügung.



Brinkmann mit Judith Wolter von Pro Köln

Auf der Webseite der Gruppierung (siehe unten) äußert sich Brinkmann persönlich zu seiner geplanten Kandidatur. Der Unternehmer Brinkmann hatte bis vor kurzem noch die zuletzt erfolglose Deutsche Volksunion (DVU) unterstützt.

Wenn sich pro Berlin tatsächlich als rechtspopulistische Alternative am rechten Rand etablieren kann, dürfte dies vor allem auf Kosten der Berliner NPD, aber auch der CDU gehen können. Die bundesweit agierende „Bürgerbewegung pro Deutschland" unter dem Kölner Manfred Rouhs versucht vor allem, anti-islamische Ressentiments zu mobilisieren und dies in parlamentarische Repräsentanz umzusetzen.

Sie könnte damit eine Lücke füllen, die zwischen CDU und NPD klafft, seitdem sowohl die DVU als auch die „Republikaner" in Berlin bedeutungslos geworden sind.

Interessant dürfte werden, wie sich die Berliner Gruppierung Pax Europa zu dieser Entwicklung verhält. Erst vor kurzem hatte sich deren Landesvorsitzende Rene Stadtkewitz entschieden, doch weiter in der Fraktion der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus zu bleiben. Pax Europa ist die aktivste Berliner Gruppierung, die sich als „islam-kritisch" versteht und die außerparlamentarisch eine ähnliche politische Agenda wie die pro-Bewegung verfolgt.

PM Ulli Jentsch / apabiz antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
www.apabiz.de | www.turnitdown.de | www.whatwecando.de ■

Frankreich:
Der Front National und die Debatte um ‚Nationalidentität'

Nimmt der Kappes (Rheinländisch für ‚Unfug') nunmehr ein Ende? Lohnte er sich politisch für seinen Haupt-Verursacher? Dies wird sich in naher Zukunft herausstellen müssen. Doch fest steht, dass Frankreichs Minister „für Einwanderung, Integration und nationale Identität" – so lautet sein offizieller Titel – Eric Besson am vergangenen Feitag Abend ankündigte, er und sein Team zögen sich nunmehr „für eine Woche zurück, um eine Synthese (d.h. Zusammenfassung) aus den lokalen Debatten über die nationale Identität zu erstellen". (Zum generellen Rahmen der staatsoffiziell ausgerufenen „Debatte über die Nationalidentität", vgl. die vorige Ausgabe der AN.)

Bislang hätten rund 350 Debatten zum Thema „nationale Identität" auf örtlicher Ebene stattgefunden, bilanzierte Besson aus diesem Anlass; und 100 weitere sollten angeblich noch folgen. Ursprünglich war vorgesehen gewesen, dass insgesamt knapp 350 lokale Debatten zu dem Thema in ganz Frankreich stattfinden sollten, von November 2009 bis Ende Januar d.J. Doch auf Kritiken, die monierten, dass diese „Debatte" im Herbst vorigen Jahres aus wahlkampfstrategischen Gründen – nämlich zur Mobilisierung der rechten Wählerschaft, im Vorfeld der frankreichweit am 14. und 21. März 10 stattfindenden Regionalparlamentswahlen – durch die Regierung lanciert worden sei, antwortete Besson Anfang Januar: Gut, dann wird die Debatte eben nicht (wie anfänglich geplant) im Februar d.J. enden, sondern wird „das ganze Jahre 2010 hindurch fortdauern".

Besänftigung der Moslems?

Anfang Februar 2010 wird nun ein Regierungsseminar mit sämtlichen Ministern zum Thema stattfinden. Voraussichtlich um dieselbe Zeit wird auch Staatspräsident Nicolas Sarkozy eigene Vorschläge zum Thema präsentieren; und am 26. Januar wird er mutmaßlich die Gräber muslimischer französischer Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg in Notre-Dame-de-Lorette (in der Nähe des nordfranzösischen Arras) besuchen. Das Denkmal von Notre-Dame-de-Lorette war in den Jahren 2007 und 2008 mehrfach durch Rassisten beschmiert worden, was erhebliche Aufmerksamkeit hervorrief. Der Besuch Sarkozys dort soll – indem er unterstreicht, dass diese Soldaten, die überwiegend zu Kolonialregimentern gehörten und in den Jahren 1914-18 „für Frankreich" fielen, auf ihre Weise zur Nation gehörten – die in Frankreich lebenden Moslems besänftigen. Letztere sind in wachsendem Ausmaß über die „Debatte zur Nationalidentität", und vor allem ihren konkreten Verlauf, erzürnt. Steht ihre Bevölkerungsgruppe dabei doch am Pranger, je länger die staatliche Ideologiekampagne andauert.

Zuletzt hatte der Oberbürgermeister von Marseille, Jean-Claude Gaudin von der Regierungspartei UMP, am Freitag, den 15. Januar Aufmerksamkeit erregt: Anlässlich einer Debatte in Marseille sorgte er sich über die „Muslime, die über die Cannebière" – den Prachtboulevard der Mittelmeermetropole – „fluten" und dabei nicht einmal „eine französische Fahne dabei haben".

Konkret ging es um Fußballfans, die die algerische Nationalmannschaft unterstützen, denn derzeit findet der Afrika-Cup der Nationen statt, und entsprechend algerische Flaggen dabei haben. Zorn rief vor allem hervor, dass Gaudin glaubte, diese Personen, die entweder die algerische Staatsbürgerschaft aufweisen oder französisch-algerische Doppelstaatsbürger sind, statt über ihre Nationalität vielmehr über ihre tatsächliche oder vermeintliche religiöse Konfession als „Muslime" definieren zu müssen.

Eine Umfrage, die die liberale Pariser Abendzeitung ‚Le Monde'auf ihrer Webpage lancierte und an der immerhin über 8.500 Personen teilnahmen, kam übrigens am vorigen Wochenende zu folgenden Ergebnissen: 67,5 % der Teilnehmer/inne/n an der Befragung geben ein „Ja" zu der angebotenen Antwort: „Die Debatte war bislang eher unwürdig, und verwandelte sich in eine Stigmatisierung des Islam und der Immigranten".

Nur 19,5 % unterstützten die angebotene Antwort, wonach die Debatte bislang „eher würdig" verlief.[1] Nicht ohne Zusammenhang dazu steht im Übrigen die Tatsache, dass der rechtsextreme Front National (FN) fast überall dort, wo er konnte – d.h. aktive Mitglieder vor Ort oder in der Nähe besitzt – massiv in den örtlichen „Debatten"veranstaltungen präsent war und diese, sobald die Saaldiskussion mit dem Publikum losging, oftmals sogar dominierte. Zuletzt bspw. am letzten Freitag, den 22. Januar in Meaux, einer Bezirkshauptstadt im nordöstlichen Umland von Paris.[2]

Voraussichtlich wird Eric Besson, sobald er in nächster Zukunft seine Vorschläge für Maßnahmen zur Förderung der „Nationalidentität" präsentieren wird, auch ein paar Aktivitäten zur Diskriminierungsbekämpfung und besseren „Integration" etwa der französischen Staats-

bürger mit Migrationshintergrund vorstellen. Dies ist durchaus auch ein fest vorgesehener Bestandteil seiner Politik, die umgekehrt die Nation nach außen hin gegen vermeintliche Fremde & Feinde – derzeit insbesondere festgemacht an den Trägerinnen einer „Burqa" (Vollkörperverschleierung), die in Bälde gesetzlich verboten werden soll – abdichten soll.

Neben den vorgenannten Aspekten wird Besson mutmaßlich auch Maßnahmen vorschlagen wie jene, die Schüler/innen an staatlichen Bildungseinrichtungen die Nationalhymne ‚La Marseillaise' erlernen und einmal pro Jahr absingen zu lassen. Ferner sollen französische Jungbürger bei Erreichen der Volljährigkeit – das ist genau das Alter, in dem in Frankreich geborene Kinder ausländischer Staatsbürger/innen ihre französische Staatsangehörigkeit durch Anwendung des „Bodenrechts" erhalten – künftig eine „Charta der Rechte und Pflichten" unterschreiben. Dies schlug Eric Besson in der vergangenen Woche vor, was ihm jedoch die Kritik des FN zuzog, welcher es als „Beleidigung" wertete, dass eventuell auch Herkunftsfranzosen einen solchen Text unterzeichnen müssten.

Staatsbürger- versus Blutsnation?

Eric Besson hat sich in den zurückliegenden Wochen überwiegend zum lautstarken Fürsprecher einer Nations-Definition aufgeschwungen, in welcher dem politischen Voluntarismus in Gestalt staatlichen Handelns eine Schlüsselrolle zukommt: Der Staat – und zwar ein starker Staat – habe in Frankreich „die Nation geformt", betonte Eric Besson anlässlich seines großen Fernsehauftritts zum Thema, der während vollen zwei Stunden am Abend des 14. Januar stattfand.

Eric Besson verteidigte dabei eine Konzeption, welcher zufolge die französische Nation nicht auf Rasse, Blut, Ethnie oder gemeinsame Abstammung aufbaue, sondern auf staatlichem politischem Handeln: „Der Staat hat in Frankreich die Nation geschaffen." (Was insofern stimmt, als zunächst die erfolgte sprachliche Homogenisierung und Zentralisierung der Verwaltung unter der Monarchie, und später der politische Willensakt durch die Französische Revolution jeweils bedeutende Faktoren bei der Schaffung eines Nationalbewusstseins in Frankreich bildeten. Der „Blut & Boden"-Faktor bei der Definition der Nation war westlich des Rheins stets weitaus schwächer ausgeprägt als in den deutschsprachigen Ländern.) Hingegen verteidigte Marine Le Pen eine stärker auf Herkunft und Abstammung basierende Konzeption der Nation und vertrat die Auffassung, die automatische Einbürgerung von in Frankreich geborenen Kindern ausländischer Staatsbürger – im Alter von 18 Jahren – müsse sofort aufhören.

Marine Le Pen griff Besson im Laufe der Sendung wiederholt als Vertreter einer unverantwortlichen Einwanderungspolitik an. Die – regierungsoffizielle – Zahl, wonach im vergangenen Jahr insgesamt 182.000 (erstmalige) Aufenthaltsgenehmigungen an Ausländer/innen erteilt wurden, griff sie auf, um ihre Botschaft dem Publikum einzuhämmern: „Alle drei Jahre wandern eine halbe Million ein! Alle drei Jahre kommt die Bevölkerung einer Stadt wie Lille hinzu!" Die Regierung versuche auf sträfliche Weise, die dadurch hervorgerufenen Probleme zu verbergen, indem sie Stimmen zu zensieren versuche, die die Debatte um die „nationale Identität" direkt und quasi ausschließlich rund um die „Einwanderungsfrage" führen möchten. Marine Le Pens Zahlenspiel ist dabei natürlich Unsinn, denn unter gut 180.000 erteilten Aufenthaltsgenehmigungen im letzten Jahr waren zahlreiche, die von ihrer Natur her – wie die über 50.000 Aufenthaltstitel für ausländische Studierende, oder die zunehmende Zahl von vorübergehenden Genehmigungen für Saisonarbeiter – zeitlich befristet sind.

Besson widersprach ihr jedoch nicht auf dieser Ebene, sondern hielt Marine Le Pen (ohne nähere Untersuchung) entgegen, sie „verdoppele" die Zahlen. Er warf ihr aber auch vor, sie habe nur „das Schüren von Angst" anzubieten, aber keine anderen Handlungsoptionen im Angebot. Ein bisschen abseits des offiziellen Debattenthemas griff Eric Besson mit dem Argument an, ihre Anwesenheitszeiten im Europäischen Parlament – wo sie ein Abgeordnetenmandat innehat – in der Legislaturperiode von 2004 bis 2009 zeigten, dass sie dort zu den am wenigsten präsenten Abgeordneten gezählt habe. Er fügte hinzu: „Während wir über die Rückkehr-Richtlinie (der EU) diskutiert haben", also über die EU-weite Angleichung der rechtlichen Voraussetzungen

→

Fotos: Karin Richert





Soldatengottesdienst 2010

Köln, 21.1.2010. Etwa 70 bis 80 Personen protestierten in vielfältiger Weise dagegen, dass Kardinal Meisner mit dem Soldatengottesdienst die Kriegspolitik fördert. Sie forderten u.a. ‚Bundeswehr raus aus Afghanistan!' Verteidigungsminister zu Guttenberg kam nicht, wie erwartet, er schickte stattdessen seine Frau. Die anwesenden Inspekteure bzw. stellvertretenden Inspekteure waren mit dem Ersatz zufrieden und ließen sie in der ersten Reihe vor dem Altar neben sich sitzen.
Auf der Webseite der Arbeiterfotografie – www. arbeiterfotografie.com – gibt es wie jedes Jahr eine ausführliche Bildreportage. *gba* ■

für Abschiebungen und Abschiebehaft, „haben Sie durch Abwesenheit geglänzt. Und das nennen Sie handeln?“ Ergo, kurz zusammengefasst: Wir sind die Realpolitiker, die das umsetzen, wovon Sie nur reden können. An dem Punkt hatte Besson die rechtsextreme Politikerin vielleicht an einem halbwegs wunden Punkt gepackt – während diese es umgekehrt mehrfach schaffte, den Minister rhetorisch in die Ecke zu drängen und ihn ein wenig von seiner Selbstsicherheit einbüßen zu lassen. Alles in allem hat Marine Le Pen dabei wohl nicht unbedingt an „staatsmännischer (oder -fraulicher) Statur“ gewonnen, wohl aber einen Status als aggressive, offensive Oppositionspolitikerin behaupten können.

Anlässlich einer vorläufig letzten Debatte, an der Eric Besson (nach jener in Marseille am 15. Januar) persönlich teilnahm – am Freitag Abend, den 22. Januar in Lyon – wurde der Minister dort persönlich mit Bruno Gollnisch, Vizepräsident des FN neben Marine Le Pen und faktische „Nummer drei“ in der Hierarchie der rechtsextremen Partei, konfrontiert. Gollnisch griff ihn dort an, weil der Minister nach einer Debatte am 5. Januar in der Pariser Trabantenstadt La Courneuve durch die Presse mit den Worten zitiert worden war, Frankreich habe kein Abstammungsvolk, sondern sei „ein Konglomerat von Völkern, die zusammenzuleben versuchen“.

Bruno Gollnisch erwiderte darauf im Rahmen der Debatte – deren rund 200 Besucher/innen laut Presseberichten „handverlesen“ waren, man benötigte eine Einladung zur Teilnahme –, diese Äußerung sei kein Beleg für „nationale Identität“, sondern für „nationale Desintegration“ als Werk des Ministers; und Letzterer täte besser daran, sie zurückzunehmen.

Eric Besson antwortete dem rechtsextremen Politiker dabei direkt, mit den Worten, er habe „im Wesentlichen Recht“ mit dieser Darstellung: Frankreich zeichne sich durch „ein Volk, eine Sprache, ein Territorium und eine Reihe von gemeinsamen Werten“ aus.[3]

Am Samstag, 23. Januar wurde ferner bekannt, das Ministerium Eric Bessons habe am Vortag ein Kommuniqué ausgesandt, in dem von einem „Missverständnis“ betreffend die Äußerungen des Ministers in La Courneuve die Rede ist: Eric Besson habe keineswegs behauptet, es gebe in Frankreich kein Herkunftsvolk (sondern „ein Konglomerat“); vielmehr habe er bezogen auf das vormoderne Frankreich, auf das altertümliche Gallien eine Formulierung des Aufklärungsphilosophen Mirabeau zitiert. Letztere beziehe sich auf das französische Territorium in der Zeit, bevor erst die Monarchie, dann die Republik das Werk der nationalen Einigung vorangetrieben hätten. [4]

Der Minister scheute sich also nicht davor, öffentlich auf Einwände des FN einzugehen, und sich dabei quasi zu rechtfertigen (oder jedenfalls seine Konzeption zurechtzurücken).

Anlässlich derselben Debatte in Lyon demonstrierten – während drinnen im Saal 200 Personen lauschten – rund 350 bis 400 Personen, die vor den Türen versammelten waren, gegen die Regierungskampagne zur „nationalen Identität“. Die Gegendemonstranten wurden wiederum durch circa 30 Rechtsradikale gewalttätig angegriffen. Letztere riefen u.a. „Frankreich den Franzosen“ und setzten Tränengasspray sowie – als Schlaginstrument – Fahrradketten ein, konnten jedoch nach einigen Minuten heftiger Auseinandersetzungen durch Antifaschisten verjagt werden. Mehrere Personen wurden leicht verletzt, ein Demonstrant musste mit Verdacht auf Beinbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden.[5]

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2010/01/23/vincent-peillon-juge-serviles-les-patrons-de-la-television-publique_1295869_823448.html

2 Vgl. http://www.leparisien.fr/seine-et-marne-77/l-identite-nationale-mobilise-a-meaux-25-01-2010-790154.php

3 http://www.lyoncapitale.fr/lyoncapitale/journal/univers/Actualite/Polemique/Identite-nationale-pourquoi-le-debat-lyonnais-etait-biaise

4 Vgl. http://www.lejdd.fr/Politique/Depeches/La-Courneuve-Besson-se-justifie-166722/

5 Vgl. http://www.lyoncapitale.fr/lyoncapitale/journal/univers/Actualite/Societe/Un-groupe-d-extreme-droite-attaque-la-manif-anti-Besson

Grundsatzentscheidung zum Antidiskriminierungsrecht

OLG Köln spricht dunkelhäutiger Familie 5000 EUR Entschädigung wegen Diskriminierung bei der Wohnungssuche zu

Das Oberlandesgericht (OLG) Köln gab jetzt im Berufungsverfahren der Klage einer dunkelhäutigen Familie, die bei der Wohnungssuche benachteiligt wurde, statt. Zuvor hatte das Landgericht Aachen die Klage abgewiesen.

In dieser wegweisenden Entscheidung des OLG wurde die beklagte Hausverwaltung zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 5000,- Euro verurteilt. Die Stiftung „Leben ohne Rassismus“ und das Gleichbehandlungsbüro (GBB) Aachen unterstützen diese Klage, um zukünftig von Diskriminierung Betroffenen den Klageweg zu erleichtern.

Die Klage der Familie gegen die Benachteiligung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz wurde durch das Landgericht (LG) Aachen mit der Begründung abgewiesen, die Hausverwaltung sei nicht die richtige Beklagte. Es verneinte gleichzeitig einen Auskunftsanspruch bezüglich der Eigentümer des Hauses. Dagegen legten die Kläger Berufung beim OLG Köln ein. Im Laufe der Verhandlung vor dem OLG hat die Hausverwaltung die Benachteiligung zugestanden. Das diskriminierende Verhalten der handelnden Hausmeisterin sowie der Mitarbeiterin der Hausverwaltung rechnet das OLG der Beklagten bereits nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zu. Im Unterschied zum LG Aachen erübrigt sich daher eine Anwendung der Vorschriften des AGG. Die Richter stützen das Klagebegehren auf eine erhebliche Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und der Menschenwürde aus den Vorschriften des BGB. Der Auskunftsanspruch wurde für erledigt erklärt, weil die Beklagte die Anschriften der Eigentümerinnen mitgeteilt hatte.

Auch wenn das AGG letztlich nicht zur Anwendung gekommen ist, ist davon auszugehen, dass die Existenz des AGG den Rechtsschutz gegen Diskriminierungen grundsätzlich verbessert hat. Auch zur vorliegenden Entscheidung wäre es möglicherweise vor Inkrafttreten des AGG insbesondere bezüglich der Höhe der zugesprochenen Entschädigung nicht gekommen.

Diese Entscheidung eröffnet zukünftig Menschen, die bei der Wohnungssuche benachteiligt werden, bessere Möglichkeiten, dagegen juristisch vorzugehen. Die Notwendigkeit der Rechtshilfe durch die Stiftung wird durch diesen Fall bestätigt.

Ohne deren Unterstützung können Betroffene ihre Rechte nur in seltenen Fällen bei entsprechenden finanziellen Mitteln geltend machen.

ARIC-NRW e.V., Duisburg
Stiftung Leben ohne Rassismus
www.NRWgegenDiskriminierung.de/stiftung ■

Leichter Anstieg der Antragszahlen – sinkende Schutzquote

Berlin. Die jetzt veröffentlichte Asylstatistik des Bundesinnenministeriums für das Jahr 2009 weist eine Zunahme der Asylantragszahlen auf jetzt 27.649 aus (2008: 22.085). Der Anstieg der Asylantragszahlen um 25,2 Prozent wird stark dadurch relativiert, dass sich die Zahlen der Asylsuchenden in den letzten Jahren immer im Bereich des historischen Tiefstandes bewegt haben.

PRO ASYL sieht als Ursache für die Zunahme von Asylanträge vor allem die dramatische Situation in den Herkunftsländern, aus denen Flüchtlinge nach Deutschland fliehen. Unter den Hauptherkunftsstaaten befinden sich hauptsächlich Kriegsgebiete und Krisenregionen. Signifikant zugenommen hat die Zahl der afghanischen Asylantragsteller (+ 413,7%).

Im Jahr 2009 hatten Asylsuchende in Deutschland wieder etwas schlechtere Chancen, Schutz zu erhalten. Die sogenannte Gesamtschutzquote (1) sank von 37,7 Prozent im Vorjahr auf nunmehr 33,8 Prozent. Nachvollziehbar, gar akzeptabel ist dies nicht. Denn ein besonders deutlicher Rückgang der Schutzquote bei Irakern (vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2009) entspricht nicht der Entwicklung der Realitäten im Irak. Sie ist zudem widersprüchlich: Noch während die Bundesrepublik Iraker im Rahmen eines Aufnahmeprogramms nach Deutschland bringt, wird gleichzeitig den schon im Land befindlichen Irakern immer häufiger der Schutz verwehrt.

Bereits einmal anerkannten Irakern wird zunehmend der gewährte Flüchtlingsstatus widerrufen. Im Zeitraum von Januar bis September 2009 wurde in 69 Prozent der vom Bundesamt überprüften Fälle das Asyl bzw. der Flüchtlingsstatus widerrufen. Zum Vergleich: Im Jahr 2008 wurde der Status in über 93 Prozent der geprüften Fälle nicht widerrufen. PRO ASYL kritisiert diesen massiven Anstieg von Widerrufen als realitätsfremd und flüchtlingsfeindlich. Iraker brauchen weiterhin Schutz, da sich die Situation dort keineswegs verbessert habe.

Etwa ein Drittel aller Asylneuanträge sind sogenannte Dublin-Fälle, in denen Deutschland die Zuständigkeit eines anderen EU-Staates für gegeben hält. Das Gros dieser Fälle betrifft Griechenland. Hauptbetroffene sind hier Afghanen und Iraker, deren Fluchtweg häufig über Griechenland führt. Die Zahl der Übernahmeersuchen Deutschlands an Griechenland hat sich fast verdreifacht.

Überstellungen nach Griechenland bedeuten, wie PRO ASYL und andere Nichtregierungsorganisationen in Berichten nachgewiesen haben, dass die Betroffenen fast ausnahmslos in die Obdachlosigkeit und die Rechtlosigkeit eines fast gar nicht vorhandenen Asylsystems geschickt werden. Obwohl das Bundesverfassungsgericht Dublin-Überstellungen nach Griechenland inzwischen in einer ganzen Reihe von Eilentscheidungen ausgesetzt hat, bleiben Bundesamt und Bundesinnenministerium bei ihrer Linie und versuchen weiter, Abschiebungen in Richtung Griechenland durchzusetzen – so weit zum Respekt der Handelnden vor Karlsruhe.

Alles in allem überwiegt die Negativseite dieser Bilanz: Einer auch im EU-Vergleich relativ ansehnlichen Schutzquote steht die stete Bereitschaft gegenüber, anerkannten Flüchtlingen mit Widerrufsentscheidungen den Teppich unter den Füßen wegzuziehen. Wo eine bisschen Generosität waltet, geschieht dies vor dem Hintergrund, sich Asylsuchender möglichst zu Lasten Dritter zu entledigen, etwa indem man im Rahmen des Dublin-Systems in die EU-Randstaaten abschiebt. Europäische Solidarität sieht anders aus.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl, 21.1.2010 ■

1 Gesamtquote beinhaltet: Asylberechtigte und Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention Abschiebungsverbote gem. § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes (sog. Subsidiärer Schutz)

124 Migranten stranden in Korsika - Erste Reaktion des französischen Staates: Ab in Abschiebehaft!

Frankreich. Am Vormittag des vergangenen Freitag, 22. Januar tauchten an einem Strand in der Nähe von Bonifacio - einer Stadt auf dem Südzipfel von Korsika - 124 Migranten auf, unter ihnen 57 Männer, 29 Frauen und 38 Kinder. Diese geben sich als syrische Kurden aus, was, wenn diese Aussage zutrifft, aus ihnen Angehörige einer offenkundig unterdrückten Mehrheit macht. Allem Anschein aber kam das Schiff, das sie mutmaßlich transportiert hatte – aufgrund der Insellage Korsikas ist schwerlich vorstellbar, wie die Migranten anders auf die Südküste der Mittelmeerinsel gekommen seien – nicht direkt aus Syrien. Höchstwahrscheinlich hatten die Migranten zuvor in Nordafrika (etwa in Tunesien) Station gemacht, denn laut Auffassung der Behörden war ihre Kleidung und die Schminke der Frauen zu frisch, um von eine lang dauernden Überfahrt auszugehen.

Falls es stimmt, dass die Betreffenden Angehörige der Kurdenbevölkerung aus der arabisch-nationalistischen Diktatur Syrien sind, dann haben sie relativ gute Chancen, den Status des politischen Asyls zuerkannt zu bekommen. Umgehend reagierte der französische Staat allerdings, indem er die Betreffenden – erst einmal in Abschiebehaftanstalten sperrte. Zu diesem Zweck verteilte er die Gruppe von 124 Migranten am Freitag und Samstag auf Abschiebezentren in der ganzen Südhälfte und im Westen Frankreichs: Marseille, Lyon, Nîmes, Toulouse, Rennes. (Abschiebezentren, auf französisch als „Zentren für administrative Verwahrung“ – abgekürzt CRA – bezeichnet, sind im französischen Recht keine Gefängnisse. Der erzwungene Aufenthalt dort wird juristisch nicht als Haft betrachtet, weshalb die Festgehaltenen etwa ihre Telefone behalten dürfen – soweit sie es nicht erlaubt, Fotos damit aufzunehmen. Die maximal zulässige Verweildauer in einem CRA beträgt 32 Tage, im Vergleich zu bis zu 18 Monaten Höchstdauer in mehreren deutschen Bundesländern oder auch nach der „Rückkehr-Richtlinie“ der EU.)

Die Richter, die innerhalb von maximal 48 Stunden die Rechtmäßigkeit einer Überstellung in ein CRA zu kontrollieren haben, betrachteten die Maßnahme jedoch durchweg als rechtswidrig. Aufgrund der schnellen Entfernung von ihrem Anlandeort und der mehrstündige Reise in die Abschiebezentren sei das Grundrecht der Betreffenden auf rechtliches Gehör – das ihre Möglichkeit, einen Anwalt/eine Anwältin zu kontaktieren und sich darauf vorzubereiten, für ihre Interessen zu plädieren, beinhaltet – eindeutig verletzt worden. Am Sonntag und Montag kamen alle oder quasi alle Betreffenden, über deren Verbleib in den Abschiebezentren bis dahin durch Richter entschieden worden war, deswegen auf freien Fuß. Am frühen Nachmittag des Montag waren auf diese Art 104 von den insgesamt 124 Personen freigekommen. (Vgl. http://www.leparisien.fr/faits-divers/liberation-de-104-des-123-clandestins-decouverts-en-corse-25-01-2010-790835.php) Eine schwere Niederlage für die Regierung. Sofern sie dies wünschen, können die Betreffenden nunmehr einen Asylantrag in Frankreich stellen. Einwanderungsminister Eric Besson hat unterdessen am Montag künftige Gesetzesänderungen „für solche Notfallsituationen“ angekündigt.

Am Freitag Abend hielt der rechtsextreme Jean-Marie Le Pen eine Wahlkampfveranstaltung für die bevorstehenden Regionalparlamentswahlen, zu denen er in Südostfrankreich als Spitzenkandidat antritt (die Wahlabsichten für seine Liste betragen laut einer jüngsten Umfrage 19 %), in Toulon ab. Dort forderte er, die Betreffenden, „diese Immigranten, diese Illegalen, diese Kriminellen“ umgehend von französischem Boden zu entfernen und abzuschieben.

BhS, Paris ■

Auswärtiges Amt legt Ad-hoc-Bericht zu Syrien vor

Dramatische Fakten zum Schicksal von aus Deutschland abgeschobenen Syrern erhält ein jetzt bekannt gewordener „Ad hoc Ergänzungsbericht zum Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Arabischen Republik Syrien", der das Datum vom 28. Dezember 2009 trägt. PRO ASYL fordert das Bundesinnenministerium auf, unverzüglich Konsequenzen aus diesem Dokument zu ziehen und einen sofortigen Abschiebungsstopp nach Syrien zu verhängen. Das deutsch-syrische Rückübernahmeabkommen, das die Kooperation in Sachen Abschiebungen in den Folterstaat Syrien bilateral regelt, ist zu kündigen und ab sofort nicht mehr anzuwenden.

Das Auswärtige Amt berichtet in seinem Ergänzungsbericht über drei Fälle von Inhaftierungen unmittelbar bzw. kurz nach der Abschiebung aus Deutschland, die bekannt geworden sind. In allen drei Fällen wurden Anfragen des Auswärtigen Amtes an die syrischen Behörden mit der Bitte um Auskunft über Verbleib und Haftgründe gestellt – ohne Reaktion. Das alleine wäre schon Grund genug, das Abkommen aufzukündigen.

Einer der Abgeschobenen, der zunächst nach Überprüfung der Personalien an der Grenze nach Syrien einreisen durfte, wurde später inhaftiert. Ihm wird vorgeworfen, falsche Informationen über den syrischen Staat im Ausland verbreitet zu haben. „Erfahrungen aus der Beobachtung der Menschenrechtslage lassen eine Haftstrafe von zwei bis drei Jahren als realistische Erwartung erscheinen," so das Auswärtige Amt. Konkret stütze sich die Anklage auf den Vorwurf, der Betroffene habe in Deutschland an einer Demonstration gegen das deutsch-syrische Rückübernahmeabkommen teilgenommen.

Wenn die Teilnahme an einer Demonstration gegen das Rückübernahmeabkommen, die der Betroffene im übrigen bestreitet, vom syrischen Regime de facto als staatsfeindliche Tätigkeit gewertet wird, dann macht dies deutlich, dass demokratische Staaten mit dem syrischen Regime keine Abkommen schließen dürfen, die Menschenrechtsverletzungen zur Folge haben.

„Bereits der Abschluss des deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommens war ein in Deutschland weithin unterbewerteter Skandal, nahe an der Komplizenschaft mit dem syrischen Regime," so PRO ASYL-Referent Bernd Mesovic. Nach der aktuellen Bewertung der asyl- und abschiebungsrelevanten Lage durch das AA ist deutlich, was zu tun ist:

- Abschiebungsstopp
- Rücknahme des Abkommens
- veränderte Anerkennungspraxis beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, nachdem das syrische Regime seinen Charakter als Verfolgerstaat durch seine Aktivitäten gegen Abgeschobene aus Deutschland erneut deutlich gemacht hat.

Presseerklärung ProAsyl 15.1.2010 ■

Zum Hintergrund:

Das Bundesministerium des Innern hat sich, nachdem Fälle der Inhaftierung rückgeführter Syrer bekannt geworden waren, im Dezember 2009 an die Innenministerien der Länder gewandt. Es hat mitgeteilt: „Aufgrund der derzeit unklaren Lage bei der Rückkehr abgelehnter Asylbewerber wird das BAMF gebeten, vorerst keine Ablehnungen von Asylanträgen als offensichtlich unbegründet auszusprechen und Entscheidungen über Folgeanträge vorläufig zurückzustellen. In diesen Fällen haben Rechtsbehelfe regelmäßig keine aufschiebende Wirkung. Die Betroffenen könnten daher ohne weiteres nach Syrien abgeschoben werden, was angesichts der derzeitigen Situation problematisch erscheint. Eine Entscheidung über diese Fälle soll erst nach einer aktualisierten Lagebewertung durch das AA erfolgen. Positive Entscheidungen sowie (nicht sofort vollziehbare) Ablehnungen von Asylanträgen als einfach unbegründet erfolgen weiterhin. Unabhängig davon werden die Länder gebeten, bis zu einer abschließenden Klärung (u.a.: aktueller Lagebericht AA) anstehende Abschiebungen nach Syrien mit besonderer Sorgfalt zu prüfen und mit Blick auf zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse sich im Einzelfall ggf. mit BAMF abzustimmen." Nachdem der Bericht des AA vorliegt, muss dieser Eiertanz aufhören. Ein Großteil der syrischen Asylantragsteller müsste nach der aktuellen Informationslage auch im Folgeverfahren anerkannt werden. Abschiebungen nach Syrien sind inakzeptabel, weil die aktuellen Vorkommnisse lediglich die Fortsetzung und Bestätigung der bisherigen syrischen Politik der dauerhaften Menschenrechtsverletzungen sind. ■

Abschiebungen nach Syrien stoppen!

Berlin. „Das Rückübernahmeabkommen mit Syrien muss sofort gekündigt werden", fordert auch die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Ulla Jelpke, nachdem Pro Asyl einen als vertraulich eingestuften Bericht des Auswärtigen Amtes „über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage" in Syrien vorgestellt hat. Jelpke weiter:

„Die Linksfraktion hat für die kommende Sitzung des Innenausschusses am 27. Januar einen Antrag eingebracht, der einen sofortigen Abschiebestopp und die Kündigung des Rückübernahmeabkommens fordert. Dem müssten nun eigentlich auch die Regierungsparteien zustimmen. Denn das Auswärtige Amt lässt in seinem Bericht, der mittlerweile auch mir vorliegt, keinen Zweifel daran, dass Flüchtlinge, die nach Syrien abgeschoben werden, dort mit Inhaftierungen rechnen müssen und kein rechtsstaatliches Verfahren zu erwarten haben. So schildert das Amt den Fall eines Abgeschobenen, der zwei Wochen nach seiner Ankunft in Syrien vom Geheimdienst festgenommen wurde und beschuldigt wird, Falschinformationen über den Staat verbreitet zu haben. Konkret lautet der Vorwurf, er „habe in Deutschland an einer Demonstration gegen das deutsch-syrische Rückübernahmeabkommen teilgenommen."

Da diese Fakten nunmehr auch regierungsbekannt sind, ist es vollkommen unverantwortlich, weiterhin Abschiebungen nach Syrien vorzunehmen. Ich fordere deswegen die Union, die FDP und die SPD dazu auf, sich unserem Antrag anzuschließen (Drucksache 17/237).

Ulla Jelpke, MdB ■

Palermo: Soziales Zentrum mit massiver Polizeigewalt vor der Räumung

Italien. Mit einem Aufgebot von Dutzenden von Polizisten und Carabinieri wurde am 20.1. die Räumung des sozialen Zentrums Laboratorio Zeta in Palermo eingeleitet. Die Straßen wurden abgesperrt, Medien hatten keinen Zutritt zu dem Gelände. Im Laufe des Tages versammelten sich immer mehr Aktivisten und Unterstützer vor der Absperrung, drei Vertreter des Laboratorio schafften es, auf das Dach des Gebäudes zu gelangen und dort über 12 Stunden mit einem Transparent auszuharren. Die Situation eskalierte gegen 11 Uhr zum erstem Mal, als die Unterstützer forderten, der Bauwagen zur Versiegelung des Gebäudes solle abziehen. Es kam zu ersten kurzen Rangeleien mit der Polizei, die sofort Schlagstöcke einsetzte. Am Nachmittag dann die zweite, schwerwiegendere Auseinandersetzung. Mit dem Vorwand, es sei mit Orangen geworfen worden, stürmten die Polizisten plötzlich auf die friedlichen Demonstranten zu, verfolgten sie und knüppelten sie nieder. Es gab mehrere Verletzte, die in Krankenhäusern versorgt werden mussten.

Die Räumung des Zeta setzt eine Art „Tradition" fort, alle offenen sozialen Räume in ganz Italien auszumerzen. Erst vor wenigen Monaten waren die seit Jahren funktionierenden sozialen Zentren L'Experia in Catania und das Ex Carcere in Palermo geräumt worden. Das Zeta hat eine nunmehr 8-jährige Tradition. Der leerstehende ehemalige Kindergarten wurde am 20. März 2001 besetzt. Es entstand ein offener Ort, in dem kulturelle und politische Veranstaltungen stattfanden. Eine Bibliothek mit mehr als 1500 Bänden sollte in den nächsten Tagen wieder eröffnet werden. Auch der Kampf um

das Recht für Wohnraum, ein in Palermo brisantes Thema, war hier angesiedelt.

Ein weiteres, nicht uninteressantes Detail: hier leben seit 2003 sudanesische Flüchtlinge, die die Kommune nicht unterbringen wollte. Auch diese werden nun auf die Straße gesetzt, der UNHCR wurde eingeschaltet. Die Kommune hat ihnen nun Wohnraum versprochen, doch der Schein trügt: man versucht nun, die Unterstützer des Zeta und die Sudanesen zu trennen, um dem Kampf für den Erhalt des Zentrums den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sind erst einmal die Flüchtlinge untergebracht, dann kann man auch beruhigt räumen, so die Idee. Doch dagegen wehren sich die Bewohner genauso wie die Aktivisten des Zentrums.

Rein rechtlich gesehen gehört das Gebäude einem Verein, der sich angeblich mit Minderjährigen beschäftigt – gesehen hat man davon allerdings nie etwas. Nun besteht dieser jedoch auf genau diesen Räumen, Verhandlungen mit der Kommune, dem Verein andere Räume zu besorgen, scheiterten. Und dies, obwohl es in Palermo sehr wohl viel Leerstand gibt. Hinzu kommen die immer wieder konfiszierten Gebäude, die in Mafiabesitz waren.

Dass sich hier kein geeignetes Objekt gefunden haben soll, wird nun auf den Verein geschoben, doch es drückt vor allem den Willen der Kommune aus, die unliebsamen sozialen Zentren endlich loszuwerden.

Gestern Nacht wurde von den Unterstützern beschlossen, ein permanentes sit in vor dem Laboratorio zu machen. Denn die Aktivitisten und Unterstützer des Laboratorio Zeta sind sich einig – so schnell werden sie nicht aufgeben.

20.1.2010, Quelle: amnesty - Aus Palermo Judith Gleitze ■

Protest gegen Abschiebung

GÖTTINGEN. Am 20 Januar 2010 wurde der Rom Gani Rama um 11.30 Uhr von der Polizei verhaftet und nach einem Abschiebeverfahren vor dem Göttinger Landgericht in den Abschiebeknast Hannover Langenhagen verschleppt. Vor dem Gericht kamen in kurzer Zeit 80 Menschen zusammen, die gegen die bevorstehende Abschiebung protestierten. Sie wollten und werden die Abschiebung nicht hinnehmen. Die Polizei zog massiv Kräfte zusammen, um mit Gewalt die Abschiebung durchzusetzen und drängte einen Teil der AbschiebegegnerInnen vom Gelände. Mehrere Protestierende erhielten Platzverweise und ihre Personalien wurden aufgenommen.

Die AbschiebegegnerInnen zogen dann gegen 16.00 Uhr in die Innenstadt und demonstrierten gegen die Abschiebung von G. Rama und gegen die brutale Abschiebepolitik der BRD: Ihre Parole „Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord, Bleiberecht für alle jetzt sofort".

G. Rama ist einer von vielen Roma, die in den Kosovo abgeschoben werden sollen. Er lebt schon seit 11 Jahren in der Bundesrepublik und hat hier 4 Kinder. Hier in Göttingen ist sein sozialer Lebensschwerpunkt. Bis jetzt sollen 64 Roma aus Göttingen in den Kosovo abgeschoben werden. Zwei Familien sollten schon in dem Abschiebeflieger am 11. Januar sitzen. Drei weitere sollen Ende des Monats abgeschoben werden. Insgesamt ist geplant, mehrere zehntausend Menschen aus der Bundesrepublik abzuschieben. Die Ausländerbehörde Göttingen will diese menschenverachtende Politik mit allen Mitteln durchsetzen. Auch Appelle der Stadt Göttingen nutzen nichts. Doch gegen diese Politik gibt es immer wieder Widerstand, wie die heutigen Proteste zeigen. Und dieser Widerstand wird weitergehen. Alle sind aufgefordert, sich gegen diese menschenverachtende und tödliche Praxis zu wehren.

Quelle: Presseerklärung Arbeitskreis Asyl e.V Göttingen - flucht@nds-fluerat.org ■

Österreich:

Innenministerin will AsylwerberInnen einsperren

Die Innenministerin Österreichs Maria Fekter (ÖVP) driftet immer weiter nach rechts ab. Bisheriger trauriger Höhepunkt: ihre Aussagen AsyslwerberInnen bis zu einem Monat „festzuhalten", also einzusperren.

Menschen, die aus politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Gründen aus ihrer Heimat notgedrungen flüchten und sich hier qualvoll genug auf „Herbergssuche" begeben, werden so a priori zu Verbrechern gemacht!

Dieses Gedanken„gut" ist mehr als rechts – es verwischt bewusst die ohnedies dünne Grenze zum offenen Rechtsradikalismus eines HC Strache von der FPÖ. Faschistoid scheint die richtige Charakterisierung zu sein: Elemente der Politik und der Ideologie aus dem Instrumentarium des historischen Faschismus und des aktuellen Rechtsextremismus bzw. Rechtspopulismus zu übernehmen.

Das notwendige Anprangern der mehr als gefährlichen Schnapsideen von Fekter und anderen Rechtskonservativen entlässt jedoch in keiner Weise die Sozialdemokratie aus der Kritik. Das unwürdige Schauspiel, das etwa um das zuerst im burgenländischen Eberau geplante Erstaufnahmezentrum für Asylsuchende gemacht wird, spricht Bände. Die schwarze Innenministerin hatte in einer Nacht- und Nebel-Aktion Eberau durchzudrücken versucht (u. a. unter Vorspiegelung falscher Tatsachen hinsichtlich der Widmung von Grundstücken). Diese putschartige Aktion nahm die SP-Spitze zum Anlass, um AsylantInnen generell zu diskreditieren. Bei Wahlveranstaltungen der burgenländischen Sozialdemokratie ging es offen rassistisch zu. Selbst bürgerliche KommentatorInnen waren entsetzt, dass der anwesende sozialdemokratische Landeshauptmann Nissl den „Gesindel und Verbrecher"-Phantasien aus dem verhetzten Publikum in keiner Weise entgegentrat.

Sagten anfangs einzelne sozialdemokratische SpitzenpolitikerInnen zu den rechts-rechten Fekter-Äußerungen noch, dass es „ihnen den Magen umdrehe", wurden sie in der Zwischenzeit von Faymann & Co offenkundig zurückgepfiffen. Signalisiert wurde, dass man sich mit einem „gewissen Festhalten" anfreunden könnte – wenn es nur „ordentlich" über die Bühne geht...

Ganz auf dieser Linie liegt der heute dem Ministerrat zum Beschluss vorliegende „Nationale Aktionsplan Integration" (NAP). De-facto-Leitidee des NAP ist es, potenzielle MigrantInnen schon von Haus aus abzuschrecken.

U. a. müssen MigrantInnen, bevor sie überhaupt noch in Österreich angelangt sind, bereits ausreichende Deutsch-Kenntnisse vorweisen. Erwerben sollen sie diese Kenntnisse im Goethe-Institut (sic!)...

Die Rechtsextremen um HC Strache können sich wahrlich die Hände reiben. Hier wird gemeinsam mit der geifernden Boulevardepresse bewusst und unbewusst der Boden für einen gänzlichen schwarz-blau-braunen Rechtsruck aufbereitet. So vertrat in dem Massenblatt „Kronenzeitung", das tagtäglich 3 Millionen ÖsterreicherInnen die Gehirne zu vernebeln bemüht ist (ähnlich der deutschen „Bildzeitung"), kürzlich einer ihrer führenden Kommentatoren allen Ernstes die Ansicht, dass die bestehende rot-schwarze Große Koalition „nur mehr für Ausländer und Asylanten" Politik mache!

Anstatt den politischen Brandstiftern und ihren medialen Wegbereitern nachzulaufen, wäre ein radikales Umdenken notwendig. Asylsuchenden und MigratInnen ist solidarisch und mit starker Zivilcourage unter die Hände zu greifen. Bevor die Dämme brechen und morgen der fremdenfeindliche Gesinnungs-Mob auch „ zur Tat schreitet", gilt es mit Nachdruck daran zu erinnern:

Auch Bruno Kreisky fand einst in Schweden politisches Asyl!

19.1.10, Hermann Dworczak (Links projekt / LINKE) ■

Ultrakulturen und Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist ein Gesellschaftsproblem und kann nicht isoliert in Fußballstadien bekämpft werden, auch wenn er dort vielfach Ausdruck findet. Ein ernsthafter politischer und gesellschaftlicher Wille ist Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Zurückdrängung extrem rechter Verhaltensweisen.

Zu diesem Fazit kommt Jonas Gabler, der in seiner Diplomarbeit im Jahr 2009 im Fachbereich Politikwissenschaft dem Phänomen der Ultras in deutschen und italienischen Fußballstadien nachgeht und dabei insbesondere die Frage thematisiert, inwieweit diese in Zusammenhang stehen mit rassistischen Vorfällen im Fußballstadion und welche Rolle sie bei der Lösung dieser Problematik spielen können, müssen und sollen.

Gabler stellt zunächst sehr systematisch die italienische und die deutsche Fankultur gegenüber und berücksichtigt dabei die jeweiligen Entstehungsgeschichten von Fankultur beim Fußball im Allgemeinen unter Einbeziehung von gesellschaftlichen Besonderheiten und sozialen Strukturen. Er geht der Frage nach, warum sich manche Fankurven Rechts, andere wiederum Links entwickelt haben. Die Vorgehensweise von organisierten Rechten (z.B. Parteien) zur Mitgliederwerbung im und um das Stadion wird näher beleuchtet und Gegenstrategien von Verbänden, Vereinen und staatlichen Institutionen werden einer kritischen Würdigung unterzogen.

Der Autor verdeutlicht zum einen die großen Unterschiede bei der Betrachtung der italienischen und der deutschen Fankultur und legt zum anderen offen, dass die Ultras dabei insbesondere in Deutschland vielfach positiv Einfluss auf die partielle Verdrängung von extrem rechten Verhaltensweisen aus den Stadien genommen haben. Er hält deshalb eine aktive Ein-



bindung der Ultras in einen langfristigen Prozess für unabdingbar, um Rechtsextremismus auch beim Fußball zu bekämpfen. Die Vermittlung antifaschistischer Diskurse könne nur durch Engagement aus den Fanszenen heraus wirksam vorangetrieben werden, sodass gerade dieses Engagement die Unterstützung von Vereinen, Verbänden (z.B. durch die Etablierung von Fanprojekten) und Polizei erfahren müsse.

In diesen Bereichen sieht Gabler in Deutschland, vor allem was die häufig einseitig repressive Vorgehensweise der Polizei anbelangt, Nachholbedarf. Antifaschistisches Engagement im Ultra-Bereich werde weniger gefördert, sondern stattdessen nicht selten pauschal kriminalisiert.

Nicht nur in diesem Bereich wird deutlich, dass der Profifußball nicht losgelöst von gesellschaftlichen Entwicklungen betrachtet werden kann, sondern vielmehr gerade Ausdruck vieler gesellschaftlicher Entwicklungen ist. Haben doch Antifaschist_innen tagtäglich damit zu kämpfen, ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen und dabei nicht von staatlichen Institutionen massiv behindert zu werden.

Das Buch von Jonas Gabler besticht vor allem durch eine logische Systematik. Eindrucksvoll werden die unterschiedlichen Besonderheiten im italienischen und deutschen Fußball sowie daraus resultierende Probleme beim Ansatz von Lösungsstrategien analysiert. Das Buch eignet sich für politische Menschen ohne Vorkenntnisse im Fußballsektor als hervorragender Einstieg in die Subkultur Ultrá und bietet den Szenekundigen zugleich die Möglichkeit, Anknüpfungspunkte für Lösungsmodelle zur Rechtsextremismus-Problematik zu finden und weiter zu durchdenken.

Casimir de Rosagrano ■

Jonas Gabler: Ultrakulturen und Rechtsextremismus – Fußballfans in Deutschland und Italien. PapyRossa Verlag: Köln, 2009, 153 Seiten, 14,00 Euro.

„Autonome Nationalisten"

Mit der Adaption linken Auftretens und Outfits versuchen die sog. „Autonomen Nationalisten" (AN) seit geraumer Zeit eine Erneuerung der für Jugendliche unattraktiven Neonaziszene anzuschieben. Ermöglicht wird ihnen das erst durch Schwächen der linken, autonomen Außendarstellung. Ihr Auftreten in uniform gekleideten Blöcken auf Demonstrationen – entstanden als Selbstschutz gegen eine ausufernde Staatsgewalt – „transportiert zuweilen in erster Linie die Androhung von Gewalt und von männlich konnotierter Kampfbereitschaft. Die Inhalte einer Demonstration bleiben oft dahinter zurück." Der „schwarze Block" als ursprünglich linkes Auftreten auf Demos ist daher von Neonazis übernehmbar – die Inhalte natürlich nicht. Da bleiben sie ganz klassische Neonazis.

Das Büchlein „Autonome Nationalisten" analysiert dieses relativ neue Phänomen, das v.a. in ihren Hochburgen an Rhein und Ruhr sowie um Berlin zu einem „Innovationsschub" für neofaschistische Strukturen geführt hat.

Die AN nutzen popkulturelle Elemente: „Dabei können sie auf Transparenten gegen einen vermeintlichen angloamerikanischen Kulturimperialismus wettern und die Parolen dafür in englischer Sprache formulieren." Zu überlegen wäre, ob da, wo die AN in einem Widerspruch zwischen ihrer Weltanschauung und ihrer „Alternativkultur" leben, ein Scheitern vorprogrammiert ist. Schon jetzt ist in ihren Reihen eine hohe Fluktuation festzustellen. Dennoch haben sie zunächst einmal einen positiven Effekt für den deutschen Neofaschismus: Sie tragen zu seiner Modernisierung, i.S. einer Einbindung in aktuelle Kulturen bei, und erhöhen damit seine Anziehungskraft auf Jugendliche.

In den nächsten Jahren wird es in jedem Falle notwendig sein, sich mit den AN auseinanderzusetzen. *F* ■

Jürgen Peters und Christoph Schulze (Hg.): „Autonome Nationalisten". Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur, unrast transparent, Münster 2009, 63 S., 7,80 Euro

Zu den andauernden Auseinandersetzungen in Hamburg zwischen Antideutschen und sog. „Antiimps" gibt es eine Stellungnahme der Anarchistischen Gruppe/Rätekommunisten unter dem Titel „Szeneperistaltik. Gegen linken Konservatismus". Die ist für die AN etwas zu lang, Interessierte können sie unter www.agr.de.vu ansehen.

AG/R

Ausstellung im Rathaus Lichtenberg: Berliner Arbeiterwiderstand von 1942 bis1945

Mit großer Resonanz wurde im vergangenen Sommer in der Humboldt Universität erstmalig eine Ausstellung über den Berliner Arbeiterwiderstand während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur gezeigt. „Weg mit Hitler – Schluss mit dem Krieg", die Ausstellung der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), ist nun bis zum 12. Februar im Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin, zu sehen.

(Frankfurter Tor U5, S-Bahn)

Bei der Eröffnung im Rahmen der Langen Nacht der Politik im Rathaus Lichtenberg sprachen die Bezirksstadträtin für Kultur und Bürgerdienste, Katrin Framke (Die Linke), Hans-Rainer Sandvoß, stellvertretender Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Hans Coppi, Vorsitzender der Berliner VVN-BdA.

Erarbeitet wurde die umfangreiche Dokumentation von Bärbel Schindler-Saefkow, Annette Neumann und Susanne Riveles. Die Autorinnen sind Töchter von Mitgliedern der in Berlin zwischen 1942-1945 wirkenden Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation, die wegen ihres Widerstandes hingerichtet worden sind.



Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation war eine der größten Berliner Widerstandsgruppen gegen das Naziregime. Über 500 Männer und Frauen – Kommunisten, Sozialdemokraten, Anhänger unterschiedlicher Weltanschauungen, Arbeiter, Angestellte, Ärzte und Künstler – schlossen sich ihr an. Sie riefen die Berliner Bevölkerung, Soldaten und Zwangsarbeiter dazu auf, sich für den Sturz Hitlers und die Beendigung des Kriegs einzusetzen. Seit Ende 1942 bauten Anton Saefkow und Franz Jacob eine weit verzweigte Organisation mit Kontakten in über 70 Berliner Betriebe, in andere deutsche Städte und ins Ausland auf. Im Juni 1944 trafen die Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein mit Billigung Stauffenbergs die Kommunisten Saefkow und Jacob, um Möglichkeiten für ein Zusammengehen im Kampf gegen das NS-Regime zu sondieren. Das war ein im Umfeld der Verschwörung des „20. Juli" einzigartiger Vorgang.

Durch Verrat konnte die Gestapo im Sommer 1944 über 280 Personen verhaften. 100 Männer und Frauen wurden hingerichtet oder starben während der Haft und in Konzentrationslagern. Andere Mitglieder der Gruppe, die fliehen oder untertauchen konnten, setzten den Kampf fort.

„Weg mit Hitler – Schluss mit dem Krieg" zeigt, wie die illegale Arbeit u.a. in Betriebszellen Berliner Rüstungsbetriebe organisiert wurde. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Zusammenarbeit und Solidarität mit Zwangsarbeitern. Soldatenbriefe zeigen, wie die Gruppe auch in die Wehrmacht hinein wirkte. Zur Organisation stießen Hitlergegner verschiedenster politischer Ausrichtungen und knüpften neue Kontakte. Auch jüdische Widerstandskämpfer schlossen sich der Gruppe an. Ein Viertel der Mitglieder waren Frauen. Dargestellt werden Verfolgung, Justizterror und Haft, aber auch Verrat. Berührend und beeindruckend sind letzte Briefe von zum Tode Verurteilten.

Begleitend zur Ausstellung findet am 27. Januar im Ratssaal ein Gespräch mit dem Titel „Jugend und Widerstand" statt. In ihm äußern sich Zeitzeugen, die als Jugendliche im antifaschistischen Widerstand wirkten.

Öffnungszeiten der Ausstellung:

Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr in der 1. und 2. Etage des Rathauses Lichtenberg

Die Ausstellung kann auch ausgeliehen werden.

Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (Berliner VVN-BdA) e. V.
E-Mail: berlin@vvn-bda.org
http://berlin.vvn-bda.org ■

„Nächstenliebe verlangt Klarheit"

SACHSEN. In enger Zusammenarbeit mit dem Kulturbüro Sachsen hat die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen unter dem Titel „Nächstenliebe verlangt Klarheit" – eine Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit" herausgebracht. Ähnliche Publikationen wurden im Vorjahr bereits von den Evangelischen Landeskirchen in Thüringen und Berlin-Brandenburg veröffentlicht. Symbolisch ist der Broschüre auf dem Titelblatt eine Gesangszeile aus dem evangelischen Gesangbuch vorangestellt: „Wach auf, wach auf, du deutsches Land", und im Vorwort macht der Landesbischof Sachsens, Jochen Bohl, deutlich, wie sehr „Rechtsextremismus in der Gegenwart unseres Landes zu einem drängenden Problem geworden ist".

Kenntnisreich belegt wird das von rund 15 Autor/innen, sie stammen aus einem breiten Spektrum kirchlicher Einrichtungen. Sie beschreiben detailreich rechtsextreme Lebenswelten und geben auf 132 Seiten vielfältige Anregungen, was (nicht nur) Kirchengemeinden und Christ/innen tun können, um Neonazis auszukontern und Zivilcourage zu fördern. Die erkenntnisreiche Broschüre bilanziert auf diese Weise auch das Aktionsjahr gegen Rechtsextremismus, das die Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland (EKM) 2008 im Rahmen der ökumenischen „Dekade zur Überwindung von Gewalt" ausrief. Zu beziehen ist der Ratgeber (sicherlich auch für den katholischen Papst...) bei der Arbeitsgruppe Kirche und Rechtsextremismus, Barlachstraße 3 in 01219 Dresden. Die Publikation gibt es als DOWNLOAD HIER:

http://www.ev-akademie-meissen.de/fileadmin/studienbereich/Jugend/texte/Handreichung_gegen_Rechtsextremismus_2008.pdf

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minus-kel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

ZUERST!: Außen Focus, innen Junge Freiheit

Nr. 1-2010

Die Abonnent(inn)en von „Nation & Europa", dem ältesten neofaschistischen Organ in der Bundesrepublik, dürften nicht wenig erstaunt gewesen sein, als sie statt des gewohnten Heftes im A5-Format Ende Dezember ein Magazin mit dem Namen „Zuerst! Deutsches Nachrichtenmagazin" im Briefkasten fanden, das sie nicht bestellt hatten. Ein separater Umschlag, der die Titelseite halb bedeckt, löste das Rätsel: Das, zurückhaltend ausgedrückt, etwas altbackene „Theorieorgan" , N&E war vom rechten Verleger *Dietmar Munier*, zu dessen Imperium diverse Verlage und die „Deutsche Militärzeitschrift" gehören, aufgekauft worden und bildet den Grundstock für sein neues Magazinprojekt. Interessant an der Sache ist, dass die N&E-Leser(inne)n im eigenen Heft über den Verkauf nicht informiert wurden – bis auf die Aufforderung, den Abonnementpreis für 2010 nicht zu überweisen, gab es keinerlei Hinweise auf eine anstehende Änderung.

Um die bittere Pille etwas zu versüßen, versuchen sich der frühere N&E-Herausgeber *Harald Neubauer* und der neue Verleger in Schadensbegrenzung: „Neubauer: Herr Munier, ist ZUERST! eine völlig neue Zeitschrift? Munier: Ja und nein. Nation & Europa wird ja nicht eingestellt. ZUERST! ist die Umgestaltung von NE, um sie für das 21. Jahrhundert sturmfest zu machen. ZUERST! setzt die bewährte programmatische Linie fort, publizistisch für die deutsche Sache zu kämpfen. Der Name Nation & Europa steht auch in Zukunft im Impressum von ZUERST!" Neubauer, der im Interview ankündigt, seine monatliche Kolumne auch im neuen Organ fortzuführen, ist allerdings der einzige N&E-Macher, der in der neuen Zeitschrift auch weiterhin vertreten ist. Alle anderen bekannten Namen sucht man vergeblich.

Offizieller Grund des Aufgehens im neuen Magazin ist die angestrebte weitere Verbreitung: „Nach mehr als fünf Jahrzehnten als reine Abonnementzeitschrift soll unser Heft endlich in den allgemeinen Handel – in die Zeitschriftenregale der Supermärkte, in Kioske und Bahnhofsbuchhandel –, um seine Wirkung in breiten Bevölkerungsschichten zu entfalten. Im Magazinformat, farbig illustriert und mit dem anspruchsvollen Namen ZUERST! – was bedeutet: wir berichten es als erste, wir stehen ganz vorne – soll unsere Traditionszeitschrift nun die Zukunft bestehen". Ob der Plan bei einer „Focus"-Aufmachung, einem „Junge Freiheit"-Inhalt und einem recht hohen Einzelpreis von 6,50 Euro aufgeht, darf einstweilen dahingestellt werden.

Chefredakteur von ZUERST! ist *Dr. Günther Deschner,* langjähriger Autor der „Jungen Freiheit", der seine Zeitschrift ohne rot zu werden, mit dem „Spiegel" vergleicht. Er umreißt den Inhalt so: „Wir wollen von jetzt an jeden Monat die vielfältigen Themen deutscher Innen- und Außenpolitik, von Kultur, Wissenschaft, Gesellschaft und Geschichte unter dem klaren Blickwinkel unserer eigenen deutschen Interessen betrachten, berichten und kommentieren. Und wenn wir in unserer sich wandelnden Welt des öfteren darüber nachdenken müssen, was unsere Interessen im Einzelfall ausmacht, wenn wir wählen müssen, dann – das wollen wir unseren Lesern, Partnern und Freunden versprechen – werden wir uns häufig anders als der journalistische ‚Mainstream' entscheiden: ‚im Zweifel jedenfalls nicht links'."

Aufmacher des ersten Hefts ist die Finanzkrise, allerdings unter einer speziellen Fragestellung: „Wer regiert Deutschland wirklich? Banker und Politiker, Spekulanten und Strippenzieher". Damit meinen die Autoren *Günther Deschner, Dirk Schmidt* und *Jörg Kasper* aber keineswegs nur die Tatsache, dass die Politik der alten wie der neuen Bundesregierung in erster Linie die Interessen des Groß- und Finanzkapitals vertritt, sie deuten eine Verschwörung an: „Und war die deutsche Regierung tatsächlich gezwungen, den Banken zu helfen? Oder handelte sie gar nicht frei? Ist sie in gewisser Hinsicht auch selbst ein Opfer global operierender Finanzjongleure und möglicher Gehilfen in der Politik? Gibt es so etwas wie eine ‚Nomenklatura', in der Mächtige und Entscheider aus der Finanzwelt, wichtige Politiker und im Hintergrund effizient-diskret tätige ‚Schattenmänner' – einer Kaste gleich – zu einem Netzwerk der realen Machtausübung verwoben sind?... Die neue Krise... hat ihre Ursache – von den USA ausgehend – hauptsächlich im zügel- und regellosen Treiben einer entfesselten Clique von Finanzjongleuren. Führende Wall-Street-Investmentmentbanker verstanden sich als die ‚masters of the universe', und unter sich nannten sie sich auch gern so... Ob Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, wie oft behauptet wird, in Amerika selbst mit am Tisch gesessen hat, als in einer ‚New-York-Connection' genannten Bankster-Gruppe das Gift-Konstrukt des Großhandels mit Hypothekenderivaten ausgearbeitet wurde, ist nicht bestätigt." Von einer Verschwörung ist nirgends expressis verbis die Rede, das benutzte Vokabular legt das Vorhandensein einer Schattenwelt hinter den Kulissen allerdings nahe. Im Unterschied zu N&E wird allerdings nirgendwo angedeutet, dass Juden heimlich die Strippen zögen.

Günter Bertram, ehemaliger Vorsitzender Richter am Hamburger Landgericht, äußert sich im Interview zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, in der es die Verfassungsbeschwerde des Hamburger Nazianwaltes Jürgen Rieger gegen den § 130 Abs. 4 StGB (Strafbarkeit der Billigung, Verherrlichung oder Rechtfertigung der „nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft"), abgelehnt hatte: „Die ‚Bewältigung der Vergangenheit'... ist schon lange völlig verdreht worden, verflacht und aus dem Ruder gelaufen. Wir sind heute eigentlich schon auf dem Niveau des DDR-Antifaschismus angelangt, mit dem Unterschied, daß damals der Westen das faschistoide Sammelsurium abgab, jetzt ist ‚rechts' zum Gegenbegriff des Guten geworden... Da die Öffentlichkeit – und die Medien zumal – keine Vorstellung vom Nazismus, Naziverbrechen und solchen Realitäten mehr haben, sondern nur diffuse Aversionen, sind jenseits eines linken Establishments und dessen Claqueuren alle Katzen grau – oder eben braun."

Dazu passt der Beitrag von *Rene Lobek* über den Prozess gegen den mutmaßlichen Nazimörder John Demjanjuk, in dem dieser als bemitleidenswerter „kranker Greis" dargestellt wird, in dem es „nicht um Schuld oder Unschuld eines 89-jährigen Greises" geht, sondern „um Geschichtspolitik". Die Verteidigung des Angeklagten dient zur Ablehnung des Versuchs, Naziverbrechen juristisch aufzuarbeiten. *tri* ■